

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Ausdräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Telefon Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Zeile oder deren Raum 100 Bg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Bg., Reklamen 500 Bg. — Anzeigen für die nächste Nummer können bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 167.

Mittwoch, den 20. Juli 1921.

28. Jahrgang.

Die vorläufige deutsche Antwort.

Vorbereitung zum vierten Aufstand?

In der vorläufigen Antwort, die der Außenminister Dr. Rosen auf die Eröffnungen der französischen Regierung über die Lage in Oberschlesien und die daraus abgeleiteten französischen Forderungen gab, wurde auch Bezug genommen auf eine Unterredung des Ministers mit dem französischen Botschafter vom 7. Juli; zu dieser hatte Dr. Rosen einen Grafen und Grafen aus dem östlichen Teil Oberschlesiens beigezogen, der dem französischen Botschafter als Augenzeuge einige sachliche Angaben über die wahre Lage im Lande machte. Wir geben aus diesen Mitteilungen, die der französischen Regierung sofort zugänglich gemacht wurden, die wesentlichsten Punkte nach WTB wieder. In dem Bericht heißt es:

1. Neugierig sieht es besser aus als vor dem Abkommen mit Korfanty wegen der Räumung, weil die großen Straßen von polnischen Insurgenten frei seien und man ungehindert auf ihnen verkehren könne. So bin ich vorgestern früh im Automobil von Kattowitz über Nikolai nach Gleiwitz gefahren, um dort den Schnellzug nach Berlin zu erreichen. Die Eisenbahn zwischen Kattowitz und Gleiwitz war nicht benutzbar, weil die Züge von den polnischen Insurgenten angehalten und geplündert wurden. Die polnischen Insurgenten sind nach wie vor teils in der Nähe der geräumten Orte, z. B. dicht bei Kattowitz, teils auch in den Orten verblieben oder in die Orte zurückgekehrt, welche sie nach dem Abkommen geräumt haben sollten. So sind die polnischen Insurgenten, welche aus den nördlichen Stadtteilen von Königsbrunn abgezogen waren, nach wenigen Stunden in diesen Stadtteil wieder zurückgekehrt. Noch am Montag haben sie sich in Laurahütte durch Verschleppung von Beamten unliebsam bemerkbar gemacht. Die Behörden der polnischen Insurgenten sind nach wie vor in Funktion geblieben. Sie erheben Steuern, sie heben junge Leute zum Militär aus und sie verweigern den ordentlichen deutschen Behörden, z. B. dem Landrat, den Gehorsam.

2. Ein Teil der polnischen Insurgenten ist nach Polen abtransportiert worden, um dort militärisch ausgebildet zu werden und nach ihrer Heimat Oberschlesien alsdann zurückzukehren. Sie sollen als Stammformationen für den geplanten vierten Aufstand dienen. Ein anderer Teil der ober-schlesischen polnischen Insurgenten ist in Oberschlesien geblieben und hat seine Waffen nicht abgeliefert, sondern in Sammelstellen abgegeben, von wo aus sie vertriebt werden.

In Oberschlesien zweifelt niemand daran, daß der vierte Aufstand mit aller Energie und unter Mitwirkung Polens und unter Duldung der französischen Behörden vorbereitet wird und jederzeit ausbrechen könnte. In diesem Falle ist die deutsche Bevölkerung der Schreckensherrschaft der polnischen Insurgenten schutzlos preisgegeben, da ja bis dahin der deutsche Selbstschutz nicht mehr bestehen wird.

Wie Rosen dazu kommt, einen Großindustriellen als Gewährsmann zu dem französischen Botschafter mitzunehmen, ist uns reichlich unverständlich. Konnte er nicht versuchen, durch Vertreter der gesamten Bevölkerung die tatsächliche Lage in Oberschlesien darzustellen zu lassen?

Selchensunde.

W. Breslau, 20. Juli. In den ober-schlesischen Wäldern sind die von den Polen ermordeten verscharrten Körper des Amtsvorstehers Wagner aus Galschowitz, des Bismarckmeisters Richter aus Rybnik sowie die Leiche des Gerichtsaktuars Seidel aus Ratibor gefunden worden.

Der günstige Zeitpunkt für die Tagung des Obersten Rates.

W. London, 20. Juli. Die „Morningpost“ will aus Regierungskreisen erfahren haben, daß man dort gegenwärtig den Zeitpunkt für günstig hält, die Tagung des Obersten Rates einzuberufen, um über die Berichte der alliierten Oberkommissare in Oberschlesien zu beraten.

Die Haltung Englands.

Paris, 19. Juli. Der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien“ sagt, die englische Regierung habe noch keine Stellung zur ober-schlesischen Note genommen. Nach der Enquête, die er angestellt habe, scheine das Foreign Office der Ansicht zu sein, daß die augenblickliche

Lage die Entsendung von Verstärkungen, die die französische Regierung vorschlägt, nicht rechtfertige. Ohne daß das Londoner Kabinett seinen Vorschlag zugunsten einer sofortigen Regelung der ober-schlesischen Frage aufgeben wolle, scheint es keineswegs die Absicht zu haben, auch nur eine Brigade nach Oberschlesien zu entsenden.

Der „Matin“ schreibt, daß die englische Antwort über Oberschlesien noch heute in Paris eintreffen werde, und daß man erst dann sagen könne, wann der Oberste Rat zusammentreten werde. Ein französischer, der Schweiz benachbarter Bezirk könne dafür in Frage kommen, da Lloyd George sich ja im August in der Schweiz aufhalten sollte und die italienischen Delegierten leicht hinkommen könnten. Der „Matin“ bestätigt übrigens durch seinen Londoner Korrespondenten, daß die britischen Behörden nicht geneigt seien, ihre Truppenmacht in Oberschlesien zu verstärken, da die Tatsachen, auf die Ministerpräsident Briand in einer Note angespielt habe, nicht mit den optimistischen Berichten der englischen Vertreter übereinstimmen, die der englische Kommissar in Doppel erhalten habe.

Nach einer Meldung der Agentur Radio wird der Zusammentritt des Obersten Rates ohne Fristsetzung verschoben, da Lloyd George im August seinen Urlaub nimmt und Briand bis Ende Juli nicht abkömmlich ist.

„Zunehmende Spannung.“

London, 19. Juli. „Daily Express“ versichert, von zuständiger Seite gehört zu haben, daß in den Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich infolge der Differenzen über die ober-schlesische Frage eine zunehmende Spannung eintrete.

Im übrigen halten die hiesigen offiziellen Kreise an der Notwendigkeit einer schnellen Entscheidung bezüglich Oberschlesiens und der Aufhebung der Sanktionen fest und werden keine Verstärkungen nach Oberschlesien senden. Auch glauben sie nicht, daß die Entsendung einer weiteren französischen Division zur Befriedung des Landes beitragen wird. Ihre Auffassung über die dortige Lage widerspricht durchaus der Note Briands an Deutschland.

Französische Fragen.

Berlin, 19. Juli. Die Fragen, die die französische Regierung an das englische Kabinett gerichtet hat, lauten ungefähr wie folgt:

1. Ist die englische Regierung bereit, sich den Vorstellungen des französischen Botschafters Laurent durch den Botschafter d'Arnon anzuschließen?

2. Würde sie die englischen Truppenbestände in Oberschlesien, wie die französische Regierung die französischen Garnisonen, verstärken?

In Paris erwartet man im Laufe des Dienstagabend eine Antwort auf die Frage. Wie die Londoner Korrespondenz der „Daily Express“ glaubt, dürfte sich der englische Botschafter in Berlin dem Schritt Frankreichs anschließen. Jedoch soll die englische Regierung unter den augenblicklichen Umständen eine Verstärkung der Truppenbestände in Oberschlesien ablehnen.

Neue Kredite für Deutschland.

Berlin, 19. Juli. Die Reichsregierung ist eifrig bemüht, zur Erfüllung des Londoner Ultimatus auch für die kommende Zeit die notwendige Vorsorgung zu treffen. Aus dieser Tatsache schlossen bereits vor einiger Zeit verschiedene Blätter, daß Deutschland außer dem Kredit von 150 Millionen Goldmark, der durch Vermittlung des Bankhauses Mendelssohn & Co. in Amsterdam gestellt wurde, auch noch andere Kreditabkommen mit ausländischen Geldgebern abschließen werde. Es bestätigt sich heute, daß die Reichsregierung in diesbezügliche Verhandlungen eingetreten ist, jedoch sind die in der Öffentlichkeit bereits genannten Summen über die abzuschließenden Kredite unzutreffend. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird bereits in den nächsten Tagen ein Kreditabkommen mit englischen und amerikanischen Bankiers abgeschlossen werden. Der amerikanische Kredit wird ein Baumwollkredit sein, dessen Umfang jedoch vorläufig noch nicht feststeht.

Der Wiederaufbau Belgiens und Frankreichs.

Brüssel, 20. Juli. Nach dem Landwirtschaftsminister ist die nötige Wiederherstellung des Ackerbaulandes gegen Ende 1922 zu erwarten. Der Wohnungsbau in Flandern wird innerhalb zwei Jahren beendet sein. Aus einem Studienbericht geht hervor, daß in dem zerstörten Gebiet um Verdun noch nicht einmal die Trümmer aufgeträumt sind. Die Wiederherstellung Frankreichs wird volle zehn Jahre dauern.

Soziale Reichstagsarbeit.

Von Gustav Hoch.

Dem Reichstag hatte die Regierung unmittelbar vor der Sommerpause mehrere Entwürfe zur Aenderung der Arbeiterversicherung zugesandt, nämlich — außer dem Entwurf über Wochenhilfe und Wochenfürsorge — zwei Entwürfe zur Aenderung der Angestelltenversicherung, einen Entwurf über die anderweitige Festsetzung der Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung und einen Entwurf zur Aenderung der Reichsversicherungsrangordnung, der sich auf eine ganze Reihe von Einzelfragen bezieht.

Der eine Entwurf zur Angestelltenversicherung konnte schnell erledigt werden. Er gewährt den Empfängern von Ruhegehalt und Hinterbliebenenrente vom 1. Januar dieses Jahres ab eine Steuerzulage. Daß eine solche notwendig war, darüber bestand kein Zweifel. Ebenso wurden einstimmig einige Verbesserungen des Entwurfs angenommen, namentlich die Zulagen auf die Höhe erhöht, die bereits früher die Bezüge der Renten aus der Invalidenversicherung bewilligt worden waren.

Anders steht es mit dem anderen Entwurf zur Angestelltenversicherung. Er soll die Absetzungen und die Einziehung der Beiträge sowie die Leistungen der Versicherung neu regeln. Diese Aenderungen sind untrennbar verknüpft mit der alten Streitfrage, ob für die Angestellten eine besondere Versicherung oder der Anschluß an die allgemeine Invalidenversicherung zweckmäßiger sei. Als vor zehn Jahren der Kampf um die Angestelltenversicherung geführt wurde, traten wir Sozialdemokraten für eine angemessene Erweiterung der allgemeinen Invalidenversicherung ein, weil alle sachlichen Gründe dafür sprachen. Die bürgerlichen Parteien und die damalige Reichsleitung schenken das jedoch ab, damit nicht die Angestellten auch auf diesem Gebiete mit den Arbeitern zusammenarbeiten und dadurch etwa immer mehr in das sozialdemokratische Fahrwasser der Arbeiterbewegung gerieten. Inzwischen hat sich gezeigt, wie verfehlt die besondere Angestelltenversicherung ist. Umso mehr verlangen unsere Genossen, am entschiedensten die sozialdemokratischen Angestellten selbst, daß jetzt endlich die beiden Versicherungen sachgemäß vereinigt werden. Die bürgerlichen Parteien glauben aber, daß sie noch nicht diesen Schritt zu tun brauchen; sie wollen vielmehr die Verhältnisse in der Angestelltenversicherung möglichst abweichend von denen in der allgemeinen Invalidenversicherung festlegen. Diese Gegensätze müssen zu langwierigen Auseinandersetzungen führen. Da nur wenige Tage zwischen dem Eingang des Regierungsentwurfs und der Sommerpause des Reichstags lagen, war es ausgeschlossen, daß die Vorlage jetzt noch erledigt werden konnte. Die Sozialdemokraten erboten sich aber, die Versicherungspflicht, den jetzigen Steuerungsverhältnissen entsprechend, zu erweitern und für die neuen Mitglieder entsprechende Beiträge festzusetzen. Nach schwierigen Verhandlungen kam schließlich eine Verständigung auf dieser Grundlage zustande:

Bisher waren nur Angestellte mit einem Jahresarbeitsverdienst bis zu 15 000 Mk. versicherungspflichtig. Jetzt wurde die Versicherungspflicht ausgedehnt auf einen Jahresarbeitsverdienst bis zu 30 000 Mk. Die Mitglieder waren in 9 Gehaltsklassen eingereiht, deren höchste für die Gehälter über 4000 Mk. das Jahr galt. Jetzt gilt die 9. Klasse für 4000—5000 Mk., die 10. Klasse für 5000—10 000 Mk., die 11. Klasse für 10 000—15 000 Mk., die 12. Klasse für 15 000 bis 30 000 Mk. Gehalt.

Der Beitrag für die 9. Klasse war monatlich 26,60 Mk. Entsprechend wurde der Monatsbeitrag festgesetzt für die 10. Klasse auf 39,20 Mk., für die 11. Klasse auf 40 Mk., für die 12. Klasse auf 48 Mk.

Große Schwierigkeiten standen auch der Aenderung der Invalidenversicherung entgegen. Hier waren die Ausgaben viel mehr gestiegen als die Einnahmen, die Kassenverhältnisse wurden so schlecht, daß die Versicherungsanstalten nicht mehr ihre Ausgaben decken konnten, und sogar das Heilverfahren einschränken mußten.

Diese Notlage kam nicht unerwartet. Jeder Sachverständige sah sie schon seit Jahren, so daß die Regierung längst mit den Vorarbeiten für die notwendigen Verbesserungen begonnen hat. Die Vorlage ging aber dem Reichstag erst am 30. Juni zu, am letzten Tage vor dem Zeitpunkt, mit dem das Gesetz nach einem früher gefaßten Beschluß bereits verkündigt sein sollte.

Obgleich auch unsere Partei anerkannte, daß schleunigst den Versicherungsanstalten mehr Geld beschafft werden muß, ließ sie sich doch das Recht, den Entwurf sachlich zu prüfen, nicht nehmen. In der allgemeinen Invalidenversicherung sind alle Arbeiter ohne Unterschied ihres Arbeitslohnes. Aber die Beiträge und Leistungen sind dadurch beschränkt, daß die Lohnklassen nur bis zu einer bestimmten Lohnhöhe gehen und danach die Beiträge und Leistungen bemessen werden. Bisher waren fünf Lohnklassen bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 1150 Mk. Alle Arbeiter, die mehr verdienen, zahlten Beiträge und erhielten dementsprechend Leistungen, als ob sie mit ihrem Verdienst an dieser Grenze

wären. Die Beiträge waren in den fünf Lohnklassen ursprünglich von 16 Bfg. die Woche bis zu 48; Ende vorigen Jahres betrugen sie 90 bis 140 Bfg.; seitdem werden sie doppelt erhoben, so daß 1,80 bis 2,80 Mf. die Woche gezahlt werden.

Die Regierungsvorlage schlug 9 Lohnklassen vor, von denen die erste sich bis zum Jahreseinkommen von 1000 Mark erstreckte, also fast alle jetzigen Lohnklassen umfaßte. Der Wochenbeitrag sollte hier 3,50 Mf. betragen, etwas mehr als jetzt der Beitrag in der höchsten Lohnklasse ist. Die neun Lohnklassen der Regierungsvorlage stiegen bis zu einem Jahreslohn von 8000 Mf., und die Beiträge für diese Lohnklassen bis zu 8 Mf.

Ob diese Abstufung gerechtfertigt ist, konnte nicht festgestellt werden, da dazu langwierige Verhandlungen notwendig gewesen wären. Sollten noch vor der Sommerpause größere Einnahmen erschlossen werden, so bliebe nichts anderes übrig, als daß sich der Reichstag auf den Boden der Regierungsvorlage stellte und von hier aus die nötigen Verbesserungen durchführte.

Die Sozialdemokraten wandten sich daher gegen den Mangel, daß die Lohnklassen und die Beiträge nur bis zum Jahresarbeitsverdienst von 8000 Mf. steigen, so daß die Arbeiter mit höherem Verdienst sowohl in ihren Beiträgen als auch später in den Leistungen der Versicherten auf der Stufe des 8000-Mark-Jahresarbeitsverdienstes gehalten werden. Sie verlangten, daß die Lohnklassen bis zum Jahresarbeitsverdienst von 15 000 Mf. ausgedehnt und die Beiträge und Leistungen entsprechend erhöht werden. Die Rechtsparteien und die Regierung sträubten sich dagegen, weil dies eine zu große Belastung der Industrie und des Handels sei. Im letzten Augenblick gab die Regierung nach. Darauf konnten die Sozialdemokraten ihre Anträge mit Hilfe des Zentrums und der Demokraten durchbringen. Die Invalidenversicherung hat daher in Zukunft:

Lohnklasse	Jahresarbeitsverdienst	Wochenbeitrag
1	bis 1 000 „	350 „
2	1 000—3 000 „	450 „
3	3 000—5 000 „	550 „
4	5 000—7 000 „	650 „
5	7 000—9 000 „	750 „
6	9 000—12 000 „	900 „
7	12 000—15 000 „	1050 „
8	über 15 000 „	1200 „

Von den Beiträgen zahlen Unternehmer und Arbeiter, wie bisher, je die Hälfte.

Noch weniger als mit den Beiträgen konnte sich der Reichstag mit den Leistungen der Versicherung beschäftigen, weil dazu Zeit und Unterlagen fehlten. Daher blieb nichts anderes übrig, als daß der Reichstag die Leistungen so, wie sie in der Vorlage vorgeschlagen waren, mit den Zusätzen gemäß den hinzugefügten Lohnklassen und Beiträgen vorläufig annahm.

Im Oktober tritt der Reichstagsausschuß eine Woche vor dem Neumond — vielleicht auch noch früher — zusammen, beginnt mit der gründlichen Beratung der Angestelltenversicherung, und beschäftigt sich danach mit der Invalidenversicherung und mit den übrigen Teilen der Reichsversicherungsordnung. Dann werden auch die Leistungen, wie sie sind und wie sie sein sollen, zu prüfen sein.

Der Friede mit Amerika.

Berlin, 19. Juli.

Auf dem Umwege aus Paris wird die deutsche Öffentlichkeit von deutsch-amerikanischen Friedensverhandlungen zwischen dem amerikanischen Kommissar in Berlin Dreifel und dem Reichsaußenminister Dr. Rosen in Kenntnis gesetzt. Wie wir hierzu von unterrichteter Seite erfahren, beschäftigen sich die Meldungen, nach denen der amerikanische Geschäftsträger mit dem deutschen Reichsaußenminister die Gestaltung des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages besprochen hat. Es sind von deutscher Seite Vorschläge gemacht worden, die augenblicklich aber auch noch Gegenstand von Beratungen sind. Es ist nicht zu erwarten, daß der deutsch-amerikanische Friedensvertrag vor dem Herbst fertiggestellt sein wird. Insofern sind alle Kombinationen über den Inhalt eines derartigen Vertrages hinfällig.

Albert Thomas in Berlin.

Berlin, 19. Juli.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Albert Thomas, nahm bei seiner Rückkehr von der Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes in Stockholm einen kurzen Aufenthalt in Berlin, um auch hier mit der deutschen Regierung Führung zu nehmen. Die Besprechungen, die er mit verschiedenen Ministern führte, behandelte ausschließlich die Ratifizierung der Vereinbarungen und Empfehlungen der Arbeiterkongresse in Washington und Genf. Thomas brachte seine Enttäuschung zum Ausdruck, daß bis heute in Deutschland die Ratifizierung der Konventionen noch nicht vorgenommen sei. Ministerialdirektor Sieferl vom Reichsarbeitsministerium unterrichtete Thomas über die Schwierigkeiten, die in dieser Hinsicht bestehen. Einverständnis wurde aber darüber erzielt, daß Deutschland wenigstens die Empfehlungen und Vereinbarungen der Konferenz, über die unter den Parteien und Behörden in Deutschland selbst keine Meinungsverschiedenheiten beständen, ratifizieren könnte. Thomas erklärte sich bereit, in jeder Hinsicht zur Klärung dieser Fragen beizutragen, um dadurch baldmöglichst eine Ratifizierung der in Deutschland noch hängigen Punkte herbeizuführen.

Lohnkämpfe im Elsaß.

Strasbourg, 18. Juli.

Wie die hiesigen Blätter berichten, fand am französischen Nationaltag in Elkhauts ein gewaltiger Demonstrationstag der Arbeiterzeit für die im Lohnkampf streikenden Textilarbeiter statt. An ihm nahmen über 20 000 Personen teil. Sie führten unzählige rote Fahnen und Plakate mit den Aufschriften: „Rebet mit dem Militarismus! Hoch die Internationale! Nieder mit dem nationalen Blod! Gebt unseren Kindern Brot und Arbeit! Die Polizei verhielt sich sehr zurückhaltend und zog überall ihre Köpfe zurück, wo der Lärm überhörbar war.“

Verhandlungslage zwischen England und Irland.

„Daily Chronicle“ meldet, daß die gestrigen Besprechungen Lloyd Georges mit De Valera und dem Kabinettsmitgliedern von Ulster die Lösung des irischen Problems nicht förderten. Bis jetzt wurde keine Grundlage gefunden, die zu einer gemeinsamen Sitzung der Vertreter Nord- und Süd-Irlands mit der englischen Regierung führen könnte. Lloyd George halte die Lage indessen nicht für aussichtslos und hoffe, daß eine Einigung noch gefunden werde.

Die Minister Nord-Irlands kehrten am Abend nach Belfast zurück. Sir James Craig erklärte vor seiner Abreise, augenblicklich sei die Lage die, daß Lloyd George die Verhandlungen mit De Valera fortsetzen werde. Wenn De Valera das Selbstbestimmungsrecht für Irland verlange, sei zu bemerken, daß die Proving Ulster hiervon bereits Gebrauch machte und sein eigenes Parlament bestimme. Es bliebe also nur noch übrig, daß England und Irland sich einigten.

Memels Wunsch nach Selbständigkeit.

Memel, 19. Juli. (WZB.) Das „Memeler Dampfboot“ meldet: Die Führer sämtlicher großen Berufsgruppen des Memellandes übergaben dem Oberkommissar des Memelgebietes Petzine eine entsprechende Entschliessung mit der Bitte um Weiterleitung an die Völkerversammlung, worin erklärt wird, die überwältigende Mehrheit der Memelländischen Bevölkerung habe den Wunsch, das memelländische Volkstum in einem selbständigen Staatsgebilde zu erhalten. Politisch wolle sie weder Litauen noch Polen zugehört werden, betone aber ihre aufrichtige Bereitwilligkeit, mit allen Nachbarländern Handelsverträge abzuschließen. Sie sei bereit, Deutschland, Litauen, Polen und Lettland freie unbehinderte Benutzung der Eisenbahnen und Wasserstraßen und des Memeler Hafens einzuräumen. Oberkommissar Petzine erklärte bei der Entgegennahme der Adresse, daß die Entscheidung allein bei der Völkerversammlung stehe.

Die Uebergabe des Burgenlandes.

Der „Temps“ veröffentlicht eine Mitteilung der ungarischen Delegation, nach der die ungarische Regierung die Völkerversammlung ersucht hat, die Abgrenzung des Burgenlandes zu verschieben, weil sie auf eine direkte Verständigung mit Oesterreich über die Grenzfrage rechnet. Die Delegation betont, daß dieses Ersuchen nicht, wie behauptet worden ist, von den „militärischen“ und „monarchistischen“ Gruppen in Ungarn ausgeht. Sie versichert, es gebe keinerlei derartige Gruppe, die in der Lage sei, die Politik Ungarns zu leiten oder offizielle Schritte zu unternehmen.

Der „Temps“ vertritt seinerseits die Ansicht, daß die Eingliederung der westungarischen Bezirke an Oesterreich keinesfalls übereilt werden sollte.

— Der „Temps“ sieht grundsätzlich immer auf Seiten derer, die deutschen Boden abreißen wollen.

Abrüstungsgegner in Japan.

London, 19. Juli. (WZB.) Nach einer Meldung der Associated Press aus Tokio besteht in Japan die Auffassung, daß das Land in der Frage der Washingtoner Abrüstungskonferenz einer Krise ersten Ranges gegenüberstehe. In dem Lager der Konferenzgegner seien besonders Mitglieder der Diplomatie zu finden, denen auf der anderen Seite eine starke liberale Gruppe gegenüberstehe.

Der New Yorker Korrespondent der „Westminster Gazette“ erklärt, von ausländischer Seite erfahren zu haben, Präsident Harding sei einer Eingebung der Frage der Philippinen in die Besprechungen der Abrüstungskonferenz nicht abgeneigt. Tatsächlich werde die Unabhängigkeit der Philippinen davon abhängig sein, ob die Mächte sich bereit finden werden, ihre territoriale Unverletzlichkeit zu garantieren.

Ausdehnung der Cholera in Rußland.

Riga, 20. Juli. Die Cholerafälle in Sowjetrußland mehren sich wegen des Mangels an sanitären Einrichtungen und Medikamenten in ganz erschreckendem Maße. Nach den letzten amtlichen Feststellungen der Sowjetregierung greift die Epidemie auch auf die bisher verschonten Gebiete über und erstreckt sich von der Ufa im Osten bis längs der Wolga und des Dongebögens, wo die Seuche besonders stark wütet. Die Zahl der Todesopfer beläuft sich auf 60 bis 90 %. Es wurden bereits vier Fälle von Daulenpest festgestellt.

Belagerungszustand über Petersburg infolge schwerer Hungerkrawalle.

Kopenhagen, 20. Juli. Wie der „Daily Mail“ von hier gemeldet wird, hat die Sowjetregierung über Petersburg den Belagerungszustand verhängt. Es ist dies eine Folge von schweren Krawallen, die dieser Lage unter der hungerleidenden Bevölkerung in der Stadt ausgebrochen waren.

Die vergewaltigte KAPD.

Die neueste „K. A. Z.“ veröffentlicht an der Spitze eines Sitzungsprotokolls der Dritten Internationale, aus dem hervorgeht, wie die KAPD. in Moskau „vergewaltigt“ wurde, folgende Hilferufe:

„Proletarier! Seit 1½ Jahren kämpft die kommunistische Arbeiterpartei in der ersten Reihe der proletarischen Revolution. Seit 1½ Jahren wurden ihre Partalen überall da, wo revolutionärer Kampf war, Führer und Waffe der entschlossenen Klassenkämpfer. Seit 1½ Jahren wendet sich die KAPD. mit äußerster Schärfe gegen den Opportunismus als Lohndieb der proletarischen Revolution. Seit 1½ Jahren führt sie einen harten Kampf gegen den Opportunismus der Zweiten Internationale. Seit ihrem Bestehen aber übte sie gleichzeitig mit aller Kraft Solidarität für Sowjetrußland. Sie trat als sympathisierende Organisation in die Dritte Internationale. Sie forderte, daß der dritte Kongreß grundsätzlich die Frage der KAPD. als Frage der Taktik in der westeuropäi-

ßen Revolution erische. Was ist die Exekutive der Dritten Internationale. Sie stellte überraschend diese Frage an den Anfang des Kongresses. Sie billigte eine halbe Stunde Redezeit zu. In einer halben Stunde sollte die Frage zweijähriger revolutionärer Kämpfe entschieden werden. Entschieden werden vor Hunderten von Delegierten, die wenig oder gar nicht um die Sache wußten. Man wollte eben die Vergewaltigung der Revolution. Unter der demagogischen Maske: die KAPD. kann noch später zu allen Fragen sprechen, erbat und erhielt man von feigen oder unwissenden Delegierten die Vorwegnahme einer Entscheidung, die nur nach tiefergehender Begründung gefällt werden konnte. Die Delegierten der KAPD. haben die richtige Antwort gegeben. Sie haben es abgelehnt, durch Beteiligung an der Farce sich mit-schuldig zu machen an einer Täuschung des internationalen Proletariats. Genossen! Die KAPD. steht jetzt außerhalb der Dritten Internationale.“

Die deutsche Leistung.

Paris, 18. Juli. (WZB.) Ueber die von Deutschland in Ausführung des Zahlungsplanes geleisteten Zahlungen wird nachstehende Mitteilung veröffentlicht: Die deutsche Regierung hat an die Reparationskommission eine neue Zahlung im Betrage von ungefähr 31 Millionen Goldmark in europäischen Werten geleistet. Die Zahlung wird zur Amortisation der Reichsschuldwechsel verwendet, die in Ausführung des Artikels 5 des Zahlungsplanes ausgeschänbt worden sind. Die gegenwärtige Lage hinsichtlich der Ausführung des genannten Artikels ist die folgende: Zahlen in Goldmark in drei Monaten Ende Mai übergeben: 830 573 000 Barzahlungen, zur Vervollständigung der Milliarde 160 427 000, Gesamtsumme 1 000 000 000. Deutschland hat bis heute für die Amortisierung der Tranten eine Summe von 114 949 690 Goldmark gezahlt mit Einschluß der sechsen geleisteten Zahlungen von 31 Millionen Goldmark, wodurch die Gesamtsumme der Barzahlungen vom Monat Mai ab auf 160 427 000 Goldmark + 114 949 690 Goldmark = 275 376 690 Goldmark gebracht wird. Die obigen Zahlen bleiben eventuell kleinen Veränderungen unterworfen. Außerdem hat die Kriegslastenkommission, sechsen die Reparationskommission davon in Kenntnis gesetzt, daß die deutsche Regierung eine abermalige Zahlung von zirka 41 Millionen Goldmark in verschiedenen europäischen Werten anbietet.

Die gesamte Rheinschiffahrt stillgelegt.

Manheim, 20. Juli. Seit gestern ist auch das Frankfurter Maschinen- und Heizerpersonal ausständig, sodass die gesamte Rheinschiffahrt stillliegt. Auch im besetzten Gebiet beharrt man entgegen dem Befehl der Rheinlandkommission in Koblenz im Ausstand. Morgen abend werden die Maschinen- und Heizerverbände zu der Streikfrage Stellung nehmen.

Zusammensetzung der Provinzialausschüsse.

Der amtliche Preussische Pressedienst gibt eine Uebersicht über die parteipolitische Zusammensetzung der Provinzialausschüsse. Hiernach vertreteten:

	SPD.	USP.	DDP.	Dem.	Fr.	U. P.	Un. P.	verschiedens.
Ostpreußen	3	—	1	1	1	2	5	—
Brandenburg	3	1	1	2	—	—	6	Bürgerl. 6
Pommern	4	—	—	—	—	2	6	—
Sachsen	4	—	—	1	2	1	2	Oberschl. 4
Sachsen	3	2	2	1	1	2	3	—
Schleswig-Holstein	5	—	—	—	—	—	—	Bürgerl. 5
Hannover	5	—	—	1	1	2	2	Hannov. 3
Westfalen	3	—	1	1	6	2	1	—
Rheinprovinz	3	—	1	—	7	—	—	Bürgerl. 3
Ober- und Niederrhein	4	—	1	1	3	3	—	Hess. Nordg. 2
Bezirksverband Rassel (Landesauschuß)	4	—	—	1	2	—	—	Bürgerl. 5
Bezirksverb. Wiesbaden (Landesauschuß)	4	1	—	1	3	2	2	—
	45	4	7	10	26	16	21	27

Obwohl wir die größte Anzahl von Vertretern haben, reichen die Zahlen gegenüber der geschlossenen Rechtsfront noch nicht aus um immer eine gesunde Provinzialpolitik durchzuführen.

Ausbreitung des pommerischen Landarbeiterstreiks.

Stettin, 20. Juli.

Der Streik auf den Gütern im Kreise Greifswald dauert an. Auch auf Rügen wird auf 21 Gütern gestreikt. Die Streikenden verlangen die Wiedereinstellung des kommunistischen Kreisstadtsabgeordneten Rasph. Es handelt sich um einen wilden Streik.

Zur Wahrheit gezwungen.

Wie oft hat die „Rote Fahne“ alle Meldungen über Rußlands Hungerkatastrophe, die natürlich meist nicht aus Sowjetquellen kammen, als weißgardistische Lügen hingestellt! Angesichts des Hungeres, den Maxim Gorki an Gerhart Hauptmann gerichtet hat, wechelt sie schleunigst die Haut und beschuldigt die nichtbolshewistischen Arbeiter Europas, Sowjetrußland im Stich gelassen zu haben: Natürlich, sie kann ja nicht zugeben, daß der bolshewistische Wahnsinn, der die Abhängigkeit Rußlands von den übrigen Staaten aus seiner Rechnung strich, an all dem Glend schuld ist. Uebrigens hat Lenin auf dem allrussischen Transportarbeiterkongreß im März d. J. ausdrücklich festgestellt, daß die Wiederaufnahme ententemilitärischer Angriffe auf Sowjetrußland den Arbeiterparteien der Ententeländer zu danken ist — denselben Parteien, die von Moskau seit Jahr und Tag und bis zuletzt in der infamsten Weise verleumdet werden.

So wurde gelogen.

e. Der bekannte Graf Reventlow schreibt dieser Tage, daß die Franzosen gejubelt hätten, als Fliegerbomben in Scharen spielender Kinder gefallen seien. Dazu bemerkt die „Welt am Montag“, daß, während der Zorn und die Empörung über den französischen Fliegerangriff auf das Kinderfest in Karlsruhe in der deutschen Presse hohe Wellen schlug, der Vertreter der Obersten Heeresleitung in der Berliner Pressekonferenz freuzug vor-

traulich mitteilte, daß der Karlsruher Kinderfestplatz das Terrain eines früheren Aufmarschbahnhofs gewesen sei. In aller Stille habe man dort den Bahnhof verlegt in der Annahme, daß der Feind ihn wohl auf seinen Karten habe. Hier nach war also den französischen Fliegern zubilligen, daß sie aus der großen Höhe, von der aus sie ihre Bomben warfen, das Kindergewimmel für einen Truppentransport gehalten haben konnten. Veröffentlichung durfte dieser Umstand nicht werden.

„Es ist erlaubt, zu lügen.“

Der Führer der französischen Gewerkschaftskommunisten, Monatte, ist ein gelehriger Schüler Lenins, Sinowjews und Kaudels. Als er auf der Bezirkskonferenz der Gewerkschaftsverbände des Departements Nantes-Bienne den Moskauer Standpunkt entwickelte und Propaganda für jene kommunistischen Zellen zu machen versuchte, die sich seit etwa einem Jahre unter dem Namen C. S. R. (Comités Syndicaux Revolutionnaires, „Revolutionäre Gewerkschaftsräte“) in Frankreich gebildet haben, wurde ihm entgegengehalten, daß die Tätigkeit dieser „Zellen“ bisher darin bestanden habe, die anberodenkenden Führer der C. C. T. mit allen Mitteln, vor allem mit der Waffe der Verleumdung herunterzureißen. Das befruchtete der biederer Monate, fügte jedoch im gleichen Atem hinzu:

„Es ist allerdings in gewissen Fällen den Mitgliedern der „Revolutionären Gewerkschaftsräte“ erlaubt, zu lügen, wie man eben für eine heilige Sache lügt.“

Man kann nicht einmal behaupten, daß Monatte mit diesem Bekenntnis aus der Moskauer Schule geplaudert habe, da ja sogar der Herr Oberlehrer Lenin einst offen die Berechtigung und die Notwendigkeit von Lüg, Betrug usw. zur Förderung der kommunistischen Ideen ausgesprochen hat. Indessen ist die Aussage Monattes ein neuer Beweis dafür, daß die Kommunisten aller Länder diese allerhöchste Weisung wörtlich befolgen.

Die Kommunisten dürfen sich demnach weder wundern noch kränken, wenn wir jeden ihrer Führer für einen gewerkschaftlichen Lügner, jedes ihrer Organe für ein gewerkschaftliches Lügenblatt erklären. Sie würden sogar darüber stolz sein müssen, denn ihre Sache bzw. ihr Gewerbe ist ja, nicht wahr, „heilig“ . . .

Zur Brotverteuerung.

TU. Berlin, 19. Juli.

Sakramentlich wird über die Brotverteuerung berichtet: Trotz der großen Bedenken wegen der finanziellen Auswirkung dieser Regelung hat das Reichskabinett sich entschlossen, den Brotpreis um nur 40 % zu erhöhen. Auch das bedeutet noch, daß allein vom 15. August d. J. bis 31. Dezember Verbilligungszuschüsse des Reiches in Höhe von über 3 1/2 Milliarden bis zu 4 Milliarden Mark zu leisten sind. Zu der in der Presse geäußerten Befürchtung, daß das rationierte Brot der Bevölkerung in schlechter Beschaffenheit verabfolgt wird, liegt kein Anlaß vor, zumal im neuen Wirtschaftsjahr die Brotproduktion forciert und das Brot nur aus reinem Brotgetreide gebacken wird.

Jedem etwas Weitersehenden ist klar, daß die beabsichtigte Preiserhöhung ein gefährlicher Versuch der Interessenten und der bürgerlichen Parteien ist, Deutschlands Ernährungsgrundlage auf einen anderen Boden zu stellen. Wir können nicht nachdrücklich genug davor warnen, übereilte und nicht genügend überlegte Schritte zu tun. Ein vernünftiger Brotpreis ist die Lebensversicherung Deutschlands!

Inzwischen mehren sich die offiziellen und andere „Aufklärungs-“ und Beruhigungsmeldungen. So schreibt die B.-S.-Korrespondenz unter anderem:

Wie wir erfahren, dürften die Besprechungen zwischen den Regierungsvorstehern und den Beauftragten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände über den automatischen Lohnzuschlag nach der Erhöhung des Brotpreises erst zu Anfang des kommenden Monats beendet werden, da gegenwärtig auch in der Regierung über die endgültige Höhe der Brotpreise sich noch nichts Bestimmtes sagen läßt. Besonders über die Art der Festsetzung von Lohn- und Gehaltszuschlägen müssen noch besondere Besprechungen geführt werden, da aus den Kreisen der Gewerkschaften heraus gefordert wird, daß bei der Findung des Ausgleichs nicht nur nach dem im Januar 1920 angewandten Prinzip, die Familie zu vier Köpfen zu rechnen, verfahren werde.

Bisher ist in der Reichsgetreidestelle noch nicht möglich gewesen, die genauen Mehlpreise, die Grundlage für alle weiteren Berechnungen, festzusetzen. Man will sich zunächst einen möglichst vollständigen Ueberblick über den Ausfall der Ernte machen, um mit einiger Sicherheit die Preise festlegen zu können, welche von der Landwirtschaft und dem Handel dann auch innegehalten werden können. Im Kuratorium der Reichsgetreidestelle besteht, wie wir hören, die Absicht, an der bisherigen Zusammensetzung des nunmehr im Umlageverfahren erfahren Getreides in Höhe von 85 Prozent festzuhalten. Das Kuratorium wird in den ersten Tagen des August zu einer entscheidenden Sitzung zusammentreten, in der dann die Mehlpreise bestimmt werden. Da an der letzten Hamburger Börse der Doppelzentner Roggen mit 366 Mk. gehandelt worden ist und Weizen voraussichtlich 480 bis 500 Mk. nicht übersteigen wird, glaubt man, daß bei der verhältnismäßig guten Ernte eher mit einem Nachlassen der Getreide- und Mehlpreise zu rechnen ist. Immerhin scheint es sehr fraglich, ob entgegen der Regierungserklärung, ein 40prozentiger Zuschlag zu den geltenden Preisen genügen wird, um das gegen Marken zu liefernde Brot herzustellen.

Jetzt haben noch die Gewerkschaften und Angestelltenverbände das Wort. Sie werden unter Einbeziehung ihrer ganzen Kraft dafür zuzufolgen wissen, daß Kurzzeitigkeit, Profitlosigkeit und Unverstand nicht liegen.

Sozialistische Bauernpolitik.

Von Peter Trimborn-Köln.

„Es gibt nur einen Weg zur dauernden Ueberwindung der feudal-merikal-agrarischen Reaktion. Er heißt: Trennung der kleinbäuerlichen Gefolgschaft von den Fäden der Großlandwirte und politische Mobilmachung der Landarbeiter. Das ist keine leichte Aufgabe, aber ihre Lösung ist die Vorbedingung zu jedem weiteren Fortschritt . . . Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß den Vertretern des kulturellen Fortschritts die Macht zufallen werde, lediglich durch die industrielle Entwicklung, lediglich durch das

Anwachsen der städtischen Arbeiterschaft . . . Die Gewinnung der werktätigen Landbevölkerung ist unentbehrlich zur Eroberung der politischen Macht.“

Mit diesen Worten schließt Eduard David sein nun schon bald 20 Jahre altes Werk über Sozialismus und Landwirtschaft. Es ist merkwürdig, wie lange oftmals politische Selbstverständlichkeiten brauchen, um sich als anerkannte Wahrheiten durchzusetzen. Der verhängnisvolle Irrtum, gegen den sich der sozialistische Theoretiker David vor nahezu zwei Jahrzehnten zu wenden mußte, herrscht leider heute noch in weiten Parteikreisen, die sich in ihrer organisatorischen und agitatorischen Werbearbeit nicht freimachen können von traditionellen Auffassungen und Anschauungen, die in der sozialdemokratischen Partei seit Jahrzehnten vielfach dominierten. Gewiß: Die Sozialdemokratie ist praktisch und politisch zunächst als eine reine Bewegung der Industriearbeiterschaft ins Leben getreten. Sie mußte naturgemäß vor allem auf einem Produktionsgebiet wirken, wo die kapitalistische Entwicklung den schärfsten Ausdruck gefunden, wo die verderblichen Folgen des Kapitalismus am greifbarsten, wo die sozialen Verhältnisse am schlimmsten zugespitzt waren und am meisten nach einer Umgestaltung im Sinne des Sozialismus drängten. Diese Tatsachen, die zu leugnen niemals der Sozialdemokratie „eingefallen“ ist, geben unsern Gegnern, vor allem dem Zentrum, Gelegenheit zu der Behauptung, die Sozialdemokratie kümmere sich um den Bauernstand überhaupt nicht; sie sei als reine Arbeiterpartei dem Kleinbauern feindlich gesinnt und arbeite mit an seinem wirtschaftlichen Untergang.

Wer aufmerksam die Haltung der Sozialdemokratie studiert, der weiß genau, daß das Gegenteil der Fall ist. Die Sozialdemokratie ist an der kulturellen Hebung des Kleinbauern genau so sehr interessiert wie an dem wirtschaftlichen Fortschritt der Industriearbeiterschaft. Der Sozialismus ist nicht eine bloße Parteidoktrin der Arbeiterklasse, sondern eine Lehre, deren Endziel die Befreiung der gesamten Menschheit ist. Wenn die Sozialdemokratie ihr Ziel: die Bewirkung des Sozialismus durch die Demokratie, wirklich erreichen will, dann muß sie den sozialistischen Gedanken auch hinaus aufs Land in kleinbäuerliche Kreise tragen. Der kleine selbstwirtschaftende Bauer gehört wirtschaftlich und politisch zur Sozialdemokratie, weil nur sie seine Interessen konsequent und entschieden vertritt. Der Kleinbauer, der selber vom frühen Morgen bis zur sinkenden Nacht schwer um des Lebens Notdurft ringen muß, unterscheidet sich von dem modernen Proletarier wirtschaftlich nur dadurch, daß er sich noch im Besitze seines Arbeitsmittels befindet. Diesen Kleinbauern zu enteignen, ihn zu proletarisieren, ist nicht das Bestreben der Sozialdemokratie, wohl aber die Tendenz des Großgrundbesitzes. Wer aufmerksam die Politik der großagrarisches landwirtschaftlichen Organisationen verfolgt, der wird für diese Behauptung manchen Nachweis erbringen können. Erfreulicherweise dringt der Gedanke, daß der Kleinbauer auf Gebeiß und Verberb mit dem Industrieproletariat verbunden ist, immer mehr in die Köpfe der Kleinbauern. In den verschiedensten Gegenden Deutschlands haben sich Bestrebungen bemerkbar gemacht, die darauf hinauslaufen, den großagrarisches Kleinbauernfeindlichen Organisationen der Landwirtschaft die Gefolgschaft zu kündigen. In Bayern und Schlesien, in Hannover und im Rheinlande sind eigene Organisationen der Kleinbauern entstanden, die nicht mehr gewillt sind, sich dem ihren wahren wirtschaftlichen und politischen Interessen zuwiderlaufenden Diktat des Großgrundbesitzes zu fügen, sondern die in politischen und wirtschaftlichen Fragen Schulter an Schulter mit der organisierten Arbeiterschaft kämpfen wollen. Diese Bauernorganisationen sind mit dem sozialdemokratischen Parteitheoretiker Eduard David zu der Ueberzeugung gelangt, daß es nur einen Weg gibt zur dauernden Ueberwindung der feudal-merikal-agrarischen Reaktion: Die Trennung der kleinbäuerlichen Gefolgschaft von den Fäden der Großlandwirte! Diese Kleinbauern, die sich frei gemacht haben von großagrarisches Bevormundung, fühlen instinktiv: Die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Sozialdemokratie sind auch Deine Interessen, der Kampf für die sozialistische Demokratie ist gleichzeitig auch ein Kampf für die Emanzipation Deiner Klasse, der kleinbäuerlichen Bevölkerung.

Was fordert diese Entwicklung, der größte Aufmerksamkeit geschenkt werden muß, von der deutschen Sozialdemokratie? Abgesehen davon, daß die Partei die Pflicht hat, das Erwachen der Kleinbauernschaft zum Klassenbewußtsein, zum politisch-ökonomischen Denken nach Möglichkeit zu fördern, ist endlich notwendig, daß sich innerhalb der Sozialdemokratie theoretisch-wissenschaftlich und praktisch-agitatorisch eine neue Einstellung gegenüber der Landwirtschaft bemerkbar macht. Das Agrarproblem wird nicht mit „Richtlinien für sozialistische Agrarpolitik“ gelöst. Was wir brauchen, ist ein klar und scharf umrissenes Agrarprogramm, ist eine Agitationstaktik und Praktik, die sich den tatsächlichen Verhältnissen in der Landwirtschaft anzupassen versteht und die nicht durch alte Schablonenpolitik draußen auf dem Lande mehr niederreißt als aufbaut. Die Sozialdemokratie soll sein eine Partei des ganzen schaffenden Volkes, sie will mit Ferdinand Freiligrath: „Ehre jeder Hand voll Schwitzen und Ehre jeder nassen Stirn hinterm Pfluge.“ Und weil die Sozialdemokratie getreu ihrem programmatischen Bekenntnis eine Partei aller arbeitenden Volksschichten sein will, deshalb haben alle verantwortlichen Parteinstanzen die Pflicht, mitzuhelfen und mitzuwirken, daß der Kampf der Kleinbauern gegen den Großgrundbesitz in Bahnen geleitet wird, die zweckmäßig zum Sozialismus führen.

Volkswirtschaft.

Der Ausbau der Privatwirtschaft in Sowjetrußland.

In führenden Sowjetkreisen wird nach einem DE.-Drahtbericht der Ertrag eines Dekrets beraten, das die Anerkennung eines häuerlichen Privatbesitzes im Umfang bis zu 10 Dekjatinen (1 Dekjatine = 1,1 Hektar) vorsieht. Es wird für notwendig erachtet, das Vertrauen zum neuen Kurse der Sowjetregierung durch weitere Zugeständnisse zu festigen. Hierzu wird u. a. eine weitgehende Neuregelung des städtischen Grundbesitzes geplant, wobei sogar die Auktorisierung der städtischen Immobilien an die früheren Besitzer in Erwägung gezogen wird. Das Präsidium des Moskauer Sowjets hat bereits eine Verordnung erlassen, wonach in Häusern, deren Einwohner die Reparatur der Wasserleitungs- und Kanalisationsanlagen selbst übernehmen, die Inhaber ein Vorkaufrecht auf die Wohnungen erhalten und nicht mehr ausgeliebt werden dürfen. In Sachen der Großindustrie ist bereits zur Durchführung der Verordnung des Obersten Volkswirtschaftsrates geschritten worden, wonach die Fabriken in drei Kategorien geteilt werden: in staatliche, vom Staat subventionierte und in selbstständige, die der Fabrikation von Artikeln des Massenbedarfs dienen sollen. Eine Verfügung des Rates der Volkswirtschaftler gestattet jedem Bürger das Recht zu, industrielle Kleinbetriebe zu eröffnen.

Nach einer Meldung der Moskauer „Sowetskja“ hat der Arbeits- und Verteidigungsrat angeordnet, die Zahl der in Betrieb befindlichen Passagierwaggons zwecks Kohlenersparnis zu vermindern, da die Hoffnung auf den Kohlenbezug aus dem Auslande sich verschlechtert hat.

Am 10. August ds. Js. tritt in Moskau eine Konferenz der deutschen Kolonialisten zusammen; sie soll die Frage der staatlichen Wirtschaftshilfe an die von der Missernte hart betroffenen deutschen Kolonialkolonien und deren Ueteiligung an der Naturalsteuer beraten.

Entdeckung neuer Kohlenlager in Rußland.

Einer Meldung aus Moskau zufolge wurden etwa hundert Werst von Obeffa mächtige Kohlenlager entdeckt.

Schließung der Putilow-Werke in Petersburg.

Nach mehrfacher Schließung und Wiedereröffnung sind nach der „Ökonom. Schisn“ die Peteraburger Putilow-Werke nunmehr endgültig geschlossen worden. Nur Notstandsarbeiter werden in den Werken belassen, im übrigen wird die gesamte Belegschaft teils anderen Betrieben, teils der Arbeit im Gemüsebau zugeführt.

Für die Errichtung einer Weltbank.

Der amerikanische Senator Hitchcock brachte einen Gesetzesantrag ein, der die Errichtung einer Weltbank unter der Kontrolle der Vereinigten Staaten befürwortet. In diesem Gesetzesentwurf heißt es, daß die Bank mit einem Kapital von 2400 Millionen Dollars begründet werden und ihren Sitz in New York haben soll. Alle Nationen könnten Aktien erwerben. Hitchcock ist willens, dieses Projekt zur Durchführung zu bringen nicht nur durch Vermittlung der Regierungskreise, sondern auch mit den führenden Bankiers. In seinem Bericht über die Beweggründe zu diesem Plan erklärt Hitchcock, es erlaube sich wohl zum erstenmal in der Weltgeschichte, daß irgendein Volk ein solches Institut einzurichten beabsichtige. Da aber die Vereinigten Staaten der Weltgläubiger seien und über die Hälfte des ganzen Goldbestandes der Erde verfügten, sei es notwendig, mit Hilfe der Vereinigten Staaten den Welthandel wiederherzustellen. Man habe allen Anlaß zu glauben, daß die anderen Völker Amerikas nicht nur die Rettung, sondern auch die Kontrolle dieser Bank zugestehen würden. Hitchcock erklärt ferner, zwei Drittel der amerikanischen Handelsflotte lägen unbeschäftigt vor Anker, obwohl Amerika Ueberfließ an Produkten habe aus Westindien und Bergwerken, deren andere Völker bedürften. Könnten diese nicht kaufen, da es an Zahlungsmitteln fehle. Amerika habe jedoch mehr Gold, als es zur Grundlage für seinen eigenen Kredit benötige. Dieser Ueberfließ an Gold sollte zur Grundlage internationaler Kredite gemacht werden. Die Weltbank, wie dieses Institut heißen soll, wird beim Wiederaufbau die größten Erleichterungen gewähren können, die Welt in allen Ländern stabilisieren, und auf diese könnten die Vereinigten Staaten den Welthandel wiederherstellen.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 19. Juli.

Antliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

	19. Juli.	18. Juli.	
Holland	106 fl.	2447.50	2442.50
Kopenhagen	100 Kr.	1177.50	1187.50
Stockholm	100 Kr.	1617.50	1607.50
Kristiania	100 Kr.	1012.50	1022.50
Helsingfors	100 Finn. Mk.	129.75	129.—
Schweiz	100 Frs.	1277.50	1282.50
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	10.87	11.—
Budapest	100 K.	24.50	23.—
Prag	100 K.	100.50	99.50
Spanien	100 Pesetas	378.—	387.50
London	1 £	278.—	278.25
Paris	100 Frs.	604.—	598.—
Belgien	100 Frs.	590.—	588.—
Italien	100 Lira	522.50	525.50
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	77.75	77.25
do. Briell. Ausz.	ed. Scheck	77.50	76.87
Bukaresi	100 Lei	108.50	—

Schiffverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 19. Juli 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsnamen	Kapitän	Herkunftsport	Fahrtzeit
D.		Reimbahl	Awardsen	Naaborg	1
D.		Bredow	Fuß	Stowens	1
Angelommen am 20. Juli 1921.					
D.		Westfalia	Ueders	Karbus	1
D.		Wetras	Mattis	Ngöping	1
D.		Geflon	Uberg	Norköping	1 1/2
D.		Ebanen	Steenfeld	Göteborg	3
D.		Witz. Süde	Christlieb	Ngöping	1
E.		Agnes	Uhgastid	Ngöping	1

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei- und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. — Druck und Verlag von Friedrich Meyer & Co., sämtliche in Lübeck.

Hotels, Restaur., Cafés, Vergnügungen etc.

Hallers Musikhaus, Inhaber: H. Haller jr. u. L. Capell, Markt 3, Kohlmart 12.

Neue Volksbühne, 44 Beckergrube 44. Täglich Variete und Kabarett. Anfang 7 1/2 Uhr.

Restaurant „Holstenkrug“, Hugo Bohnen, Holstenstr. 37, Telefon 8184.

Restaur. zur Markthalle, Küche, Biere, Weine, Paul Richter, Mengstr. 6, Tel. 232

Café Bernhardt, Fachsenburger Allee 9. Täglich abends Unterhaltungsmusik.

Abstinenz-Café, Untertrave 100, Fernruf 3268. Spez.: Kalte frische Backw. u. fr. Bohrenkaffee. N. Rabile.

Bodega-Weinstub, H. Giesenberg, Fleischstr. 14, Tel. 8986. Gute gepflegte Weine, Lichte und Küche.

Reihels Aalmbacher Bierhaus, Inh.: D. Schneider, Fleischstr. 16, Tel. 497. Gut gepfl. Biere, Weine u. Küche.

Restaurant u. Café, Königstr. 41, Zum Deutlich, Kaiser. Garten u. Veranden, gute Küche. Pils, Urquell.

Fritz Derlien, Hügelstraße 107, Samen- und Futterhandlung.

Großhude, Chr. Schulz, Tel. 3458, Königstr. 93.

Hellers Restaurant, Gr. Burgstr. 57. Altbekannte Frühstückstube. Bürgerl. Mittagstisch von 12-2 Uhr, solide Preise.

H. Schult, Bierhalle, Beckergrube 17.

Weine u. Spirituosen, Joh. Fischer, Große Burgstraße 17.

Stellags Bierstube, Königstraße 112. Guter Mittagstisch.

Lebensmittel, Obst.

Jr. Klempau, Königstraße 22, Obst - Süßfrüchte.

E. Christofferjen, Holstenstraße 42, Fernsprecher 2345. Schokoladen, Kakaopulver, Kaffee, Tee, Konserven und Macmeladen.

Fischhandlung H. P. Unger, Holstenstraße 21, Fernsprecher 8603. Täglich Eingang von frischen Fischen.

Gustav Maggaard, Johannistr. 13. Beste Bezugsquelle für Kolonialwaren.

H. Bäcker, Kaffee, Tee, Kakao-Handlung, Melnstr. 24, Fernspr. 149. Geschäftszeit 9-1 u. 3-5.

Rostocker Butterhandlung, Joh. Robert u. Dora Gündel, Beckergrube 9, Tel. 2064.

Karl Wunderlich, Fünfhausen 16. Obst, Gemüse, Süßfrüchte und Lebensmittel.

Ernst Voss, Kolonialwaren, Spirituosen, Zigarren, Rauch u. Tabakwaren. Große Burgstraße 59. Geschäftsprinzip: Gute Ware, solide Preise.

Walter Steinhagen, Inh. W. Beck, Delikat- u. Getreide-Handl. Spez. Backer, Marg., Eier. Beckergrube 7.

J. Dorbed, Fleisch, hauerstr. 110. Schokoladen, Marzipan- und Zuckerwaren-Fabrik. Tel. 448. Geogr. 1873.

H. Warade, Obst- u. Süßfrüchte. Spezialhaus Königstr. 64, Fernspr. 2011.

Fischhandlung, J. Biss, Tel. 30, Fleischhauerstr. 15.

E. Helm, Mühlenstr. 73. Kaffee, Tee, Kakao, Getreide.

E. Koeper, Kaffee, Kolonialw., Ackerstr. 75, Tel. 8915.

D. Trevisan, Ackerstr. 11, T. 2867.

Schäfer, Schwartauer Allee 34. Papierwaren, Schulartikel, Bijouterien, Bilder, Konfekt, Kates, Spezialität: Reichardt-Schokolade, Heife.

A. Kattel, Mühle Oß, Konfekt, Konditorei und Marzipanfabrik.

Konfektion, Putz, Schuhe usw.

Paul Rosenfranz, vorm. Kuchmaria Kuch, Putz- u. Modewaren, Telefon 8327, Sandstr. 2-4. Sies letzte Neuheiten zu billigsten Preisen.

Johannes Holst, Markt 6, Kohlmart 6. Herren-, Knaben-, Arbeiter-Garderoben und Schuhwaren, Manufaktur- und Aussteuer-Artikel zu billigsten Tagespreisen.

Johanna Marks-Abrendt, Mühlenstraße 5, Fernsprecher 2680. Damenhüte, größte Auswahl.

E. Graff, Holstenstraße 20. Spezialgeschäft für Herrenmoden, Wäsche, Hüte und Mützen. 57/16

Gustav Nagewitz, Transport, Spektion, Lagerung, Möbeltransporte, Kontor und Lager: Schwartauer Allee 59 a, Fernsprecher 9044.



Aug. Trost & Sohn, Holstenstraße 24, Hüte und Mützen.

H. Hornbogen, Königstr. 71, Tel. 1010. Strumpfweberei, Spezialgeschäft feiner Tricotagen und Strumpfwaren.

Carl Zegelin, Johannistr. 11. Strumpfwaren, Knaben-Auslage etc.

Ulma Busse, Wahnstraße 18. Damen- und Kinderhüte in großer Auswahl. Umpressen und modernisieren schnellstens.

Ferd. Kauffeld, Obere Wahnstr. 11. Hüte, Mützen. Umpressanstalt für Herrenhüte.

Eisleben, Braunkstraße 30/32. Pflanzwaren. Groß- und Kleinhandlung.

M. Congvet, Altingenb. 3/4, l. Haus Roepfle, neb. St. Hamdg., Etagegesch. Gr. Ausw. i. garn. Hstl. Umarb. u. pressen alt. Hüte a. neueste Form.

D. Wagner, Holstenstr. 8. Damen- und Kinderhüte. Größte Auswahl. - Billigste Preise.

W. Kamm, Str. 16. Korsetts jeder Art.

Herrengarderobe, fertigt preiswert W. Treisau, Königstraße 4-6, II.

Fritz Heine, Zigarren - Import. - Verand. Beckergrube 33, Fernruf 8472. Filiale: Schwöbenquerstr. 24. Empfehle mein reichhaltiges Lager feiner Qualitäts-Zigarren und Zigaretten, Tabake jeder Art, Hamburger, Bremer und Bänder Fabrikate, sowie Zigaretten in größter Auswahl. In- und ausländische Fabrikate zu äußerst niedrigen Preisen.

Kramatten, Obergehenden Herren-Hüte, Kamerhuis, Sch. Wahnstr. 17, Herrengarderobe.

Die führende Firma der Branche: Färberei Lehfeldt, Johannistr. 70.

A. Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Table with columns for Hamburg, Büchen, Lütten, Travemünde, and Seggerberg. It lists departure and arrival times for various routes and days of the week.

Joh. Tollgreve, Goldschmiedemeister, Königstr. 92. Silberne u. versilberte Bestecke - Trauringe - Reparaturen. Moderne Schmuckstücke.

Possehl's Kohlenhandel, Abteilung Beckersgrube, Abteilung Mühlenstraße 6, Fernspr. Nr. 8720-8723.

Koks, Kohlen, Briketts, Alleinvertrieb des Lübecker Gaskoks.

H. Rughase, Untertrave 62. Zigarren, Zigaretten, Tabake.

W. Lampe, Mühlenstraße 9. Zigarrenhaus.

H. Dieß, Untertrave 70. Zigarren u. Tabakwaren.

J. C. H. Schröder, Inh. Joh. Briemayer, Königstr. 43, Tab., Zigarren, Zigaretten.

Uhren und Optik.

Ludwig Zander, Marienstraße 3, Goldschmied. Großes Lager von Gold- und Silberwaren. Eigene Werkstatt.

E. Bland, Königstraße 78. Erilliges Spezialhaus feiner Uhren, Gold- und Silberwaren. Telefon 1341. Eigene Werkstatt für Reparatur und Reparatur.

Otto König, Fleischhauerstraße 7. Gold- und Silberwaren. Anfertigung sämtlicher Reparaturen und Neuarbeiten in eigener Werkstatt. Spezialität: Verlobungsringe.

Johs. Bernhardt, Goldschmied, Hügelstraße 25. Gold- und Silberwaren, Trauringe. Eigene Werkstatt.

Willi Weisfening, Holstenstr. 32. Spezialität: Verlobungsringe. Reparaturen prompt.

Mag Ehrichsen, Uhren, Goldwaren, Reparaturen billig. - Hügelstraße 36.

Mia Schwarz, Atelier elegant. Damenmod. Königstr. 46a u. 9-1, 3-6 II.

Herrenstiefel von 140.- Mt. an
Damenstiefel 140.-
Damen-Spangenschuhe 68.-
Damen-Schnürschuhe 65.-
Damenstiefel (Hochschaff) 210.-
Herrenstiefel (braun) 300.-
Große Auswahl in Kinderstiefeln.
* Vorkaufsmaßige Turnschuhe. *

Eugen Meinen .. 5 Altingenberg 5
Zigarren, Tabake usw.

Otto Wegener, Zigarren, Zigaretten, Tabak, Groß-Vertrieb, Lager erstklassiger Fabrikate. Fleischhauerstraße 65, Fernruf 3381.

Hans Kähler, Fischergarben 35. Beste Bezugsquelle für Hausmacher-Zigarren.

Bremer Zigarren-Fabriken G. Freie, Begründet 1860 * Bremen * Begründet 1860. Filiale Lübeck, Holstenstr. 13/15, Fernspr. 8937. Vorteilhafteste Bezugsquelle feinsten Bremer Anstalts-Zigarren.

Kaudt Dreesen's Tabak u. Zigarren, Holstenstraße 6.

Heinrich Möller, Holstenstr. 42, Untertrave 114-115. Begründet 1867. Fernruf 8426. Zigarren, Zigaretten, Tabake in größter Auswahl. Eigene Steuerlager für Wiederverkäufer.

F. Kloecken, Möbel- und Dekorationsgeschäft. Telefon 1193. Königstraße 65/67.

Georg Topp, Marienstraße 24, Möbelhandlung. Beste Bezugsquelle für neue und gebrauchte Möbel.

M. Krause Wm. Blumenbinder, Beckergrube 8.

Carl Follers, Marienstraße 25. Möbelhandlung. Vorteilhafteste Einkaufsquelle ganzer Wohnungseinrichtungen sowie Einzelstücke.

Wih. Oldenburg, Körbw. u. Korbf. Hügelstr. 90.

Blumengeschäft Sager, Inh.: J. Wast, Königstraße 90. Tel. 1208. Blumen- und Kranzbinden. Spezialität: Brautsträuße.

Rudolf Gaspar, Holstenstraße 20, Fernruf 8287. Blumen und Pflanzen, Kränze in allen Ausführungen.

Allgemeines.

W. Viehl & Fehling, Kohlenabteilung, Mühlenstraße 48. Anthrazitkohlen * Britelits * Holz * Torf *

Niebuhr & Binge, Beckergrube 48, Fernspr. 2817. Elektromotoren u. Apparatebau, Anfertigung elektrischer Materialien. Ständiges Lager in Elektromotoren und Heizapparaten.

Fedderjen & Wulff, Königstr. 62. Herrenschneider-Bedarfsartikel, Tuchlager, Herren-Artikel.

Hermann Dobberstein, Hügelstr. 47, Fernspr. 1048. Spezialität: Färben nach Probe, chemische Reinigung. - Schnell! Tadellos! Mäßige Preise!

Arthur Priem, Johannistr. 21, Fernruf 686. Ausführung elektrischer Anlagen jeder Art u. Größe. Ankauf, Verkauf, Verleihung von Elektromotoren. Lager in Beleuchtungskörpern und Glühlampen. Reparaturwerkstatt.

Germania-Drogerie, Königstraße 86, Julius Vogt, Delfarben.

Martin Jürgens, Hügelstraße 78. Solinger Stahlwaren u. eig. Schloß. m. elektr. Betrieb. Tägl. Schloßen.

E. F. Alm, Holstenstr. 12, Braunsstr. 7. Drogen und Farben.

Handarbeiten mod., geschmackvoll und preiswert kaufen Sie im Handarbeitsgeschäft Ritz, Fernr. 3383, Ob. Wahnstr. 1.

Ludwig Schlüter, Drogenführer, Hochzeits- und Trauerwagen. Telefon 72. Beckergrube 24.

J. Nowacki, Fischergarben 45. Mechanische Schuhreparaturwerkstatt.

Carl Hans Kühl, Mühlenstr. 42. Telefon 2988. Leder- und Schuhmacherbedarfsartikel-Handlung.

Nähmaschinen repariert schnell u. gut. Heint. Kruse, Mechaniker, Fischergarben 33. Solide Preise.

Jr. Grischow, Johannistr. 63, Fernruf 8382. Piano- und Möbeltransport. Uebernahme ganzer Umzüge am Tage und nach auswärts. Einlagerung ganzer Hausstände.

Joh. Hark, Johannistr. 22. Werkstatt für elektrische Maschinen. Spezialität: Feldspulen und Anferwickler.

Wih. Schubert, Pferdemarkt 17. Klempnerei und Installation für Gas, Wasser und Elektrisch.

Neu bekommen Sie Ihren alten Hut in der Hutpresserei Hügelstr. 49.

Tapetier- u. Koffstoff-Genossenschaft e. G. m. b. H. Schüsselbuden 4. Fernsprecher 8281. Koffstoffe, Tapeten, Möbelloffe, Gardinen.

Schuhmacher-Koffstoff-Berein G. m. b. H. Johannistr. 31. Ueberleder, Unterleder, Bedarfsartikel, Stepperei. Verkauf auch an Nichtmitgliedern.

Cöwen-Apothek, Apotheke, Johannistr. 13, Fernruf 621. Spezialitäten: Drogen, Chemikalien.

Max Pauls, Inhaber: Erich Schauer, Königstraße 45. Haus- und Küchengeräte.

E. Harms & Co., Inh.: H. Echoldt, Königstr. 49. Tel. 207. Spezialgeschäft für Beleuchtungsartikel aller Art.

Tapeten, Säuerstoffe, Wachstuche, Carl Beulde, Königstraße 48b.

Wih. Gwert, Schuhwaren, Untertrave 3. Gut sortiertes Lager und Reparaturwerkstatt.

W. Blumenthal, Kohlmart, Ecke Sandstraße. Bezugsquelle für Schuhwaren jeder Art.

Adolf Hübner, Uhrmacher, Fünfhausen 13.

Jacob Köhner, Uhrmacher, Schüsselbuden 11.

Anten: O. Weß, Uhrmacher, Beckergrube 26.

Möbel.

Gustav Reinboth, Papierhandlung, Geschäftsbücher, Jons-Saal Nachf., Lübeck, Königstraße 36. Kontormöbel.

Mia Schwarz, Atelier elegant. Damenmod. Königstr. 46a u. 9-1, 3-6 II.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 20. Juli.

Das Erwerbslosenproblem.

Auf Beschluß des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Afa fand am Montagabend im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte Versammlung mit den organisierten Erwerbslosen statt. Sie sollte einmal die brennende Tagesfrage: die Erwerbslosigkeit von großen und tatsächlichen Gesichtspunkten aus behandeln und Stellung nehmen zu den 10 Punkten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Gewerkschaftssekretär Genosse Dreger hatte das Referat übernommen. Der Referent wies darauf hin, daß die Frage der Arbeitslosigkeit nicht mehr wie früher eine vorübergehende, sondern eine feste sei und eine Gefahr für Gesellschaft und Volkswirtschaft bilde. Auf diese Gefahr haben die Gewerkschaften seit jeher aufmerksam gemacht und sie machten auch, den jeweiligen Verhältnissen entsprechend, praktische Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Eine radikale Lösung durch ein politisches Machtgebot ist bei dem feinnäherigen Gemeinwesen unferes Wirtschaftskörpers nicht möglich. Doch dürfen wir die Hände nicht in den Schoß legen, sondern müssen durch enge Zusammenwirken versuchen, das Uebel den Zeitumständen entsprechend zu bekämpfen. Unlosen scheiden dabei aus. Bei allen Maßnahmen muß aber nicht nur die Wirkung auf den einzelnen, sondern auf die Gesamtheit der Bevölkerung und die Gesamtwirtschaft in Betracht gezogen werden. Bis zum Kriege hatten die herrschenden Gewalten überhaupt keine Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit unternommen, denn das Unternehmertum hatte ein Interesse an einer großen Reservearmee. Um so mehr nahmen sich die Gewerkschaften der arbeitslosen Brüder an. Von 1891—1918 haben die Gewerkschaften 225 Millionen Mark für Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Im Jahre des Krieges brachten sie allein 198 Millionen Mark für diese Zwecke auf. Die Gewerkschaften forderten immer wieder, daß sich Reich, Staat und Gemeinde der Erwerbslosen anzunehmen hätten. In den grundsätzlichen Forderungen einer umfassenden Erwerbslosenfürsorge nahmen die Gewerkschaftskongresse wiederholt scharf Stellung. Der Redner geht dann zu der Frage über, wie sich die öffentlichen Organe nach der Umwälzung zu den gewerkschaftlichen Forderungen gestellt haben und behandelt die Reichsverordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 26. Januar 1920. Diese Verordnung stellt als Ziel aus, die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit durch Arbeit und nur, soweit dieses Ziel nicht erreicht werden kann, Unterstützungsmaßnahmen. Diese Forderung deckt sich mit derjenigen des Dresdener Gewerkschaftskongresses. Arbeitsvermittlung, Arbeitsbeschaffung und Arbeitsinleitung sind Voraussetzungen, die Erwerbslosigkeit überhaupt zu vermeiden. In der theoretischen Auffassung dieser Fragen und der Anerkennung der Lebensmöglichkeit für jeden Volksgenossen hat sich bei den herrschenden Gewalten des alten Systems eine bedeutende Umwälzung vollzogen. Genosse Dreger ging weiter auf Einzelheiten der Reichsverordnung und auf die Maßnahmen der Demobilisierungsamter zum Schutze der Erwerbslosigkeit ein und kam dann auf das wichtigste Moment, die Beschaffung von Arbeit, zu sprechen. Wenn auf der einen Seite Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschränkung an der Tagesordnung ist und auf der anderen ein großer Warenausgang in weitesten Volksteilen besteht, so muß die Ursache in der Organisation der Wirtschaft gesucht werden. Wenn es gelingt, mit Hilfe einer planmäßigen Arbeitseinteilung zu einer kollektivistischen Umstellung zu kommen, wird ein Weg zur Arbeitsbeschaffung und Steigerung der Produktion gefunden sein. Auf die Frage der produktiven Erwerbslosenfürsorge eingehend betonte Genosse Dreger, es handle sich hier nur um eine verbesserte Auflage des Gedankens der Volkswirtschaft. Wenn alle Mittel versagen, um die Erwerbslosigkeit zu verhindern, müsse die Unterstützung gewährleistet werden, die Arbeitswilligen und Arbeitsfähigen ein Existenzminimum sichert. Einer Arbeitslosenversicherung sei der Vorzug zu geben. Gegenwärtig tragen die Unterstützungen noch Fürsorgecharakter. Die Arbeiter verlangen aber nicht Wohlthaten, sondern Recht. Die Frage der Arbeitslosigkeit ist nicht nur eine Angelegenheit der Erwerbslosen,

sondern der Gesamtarbeiterschaft. Der Ortsausschuß und die Betriebsräte müssen in enge Fühlung mit den organisierten Erwerbslosen treten. Im einzelnen erläuterte der Redner dann die 10 Punkte des A. D. G. B. und betonte, daß die Umwälzung bei den Erwerbslosen verständlich sei, da Monate ins Land gegangen seien, ohne daß dies Programm verwirklicht worden sei. Nach einem Schema liegen sich die 10 Punkte allerdings nicht verwirklichen. Den Erwerbslosen dürfe man keine Hoffnungen machen, die vielfach nicht erfüllbar seien, weil die dringlichen Vorbedingungen fehlten. Eingehend bepricht der Redner die Antwort der Regierung Fehrenbach an den Bundesvorstand, auf die wiederum Verhandlungen stattfanden, bei denen der Verkehrrminister Gröner die Forderungen des A. D. G. B. unterstützte. Hierbei unterbreiteten die Gewerkschaften Vorschläge und forderten durch bestimmte Richtlinien insbesondere bei den Arbeiten des Verkehrrministeriums die Mitwirkung der Gewerkschaftsvertreter. Diese wurde gegen den Widerspruch der Unternehmer erreicht. Erreicht wurde auch vom Bundesvorstand, daß die erhöhte Winterunterstützung weitergezahlt wurde. War sie auch unzulänglich, so war sie doch eine Hilfe. Es zeigt sich doch, daß der Vorwurf, der Bundesvorstand und die Gewerkschaften hätten nichts für die Erwerbslosen getan, unberechtigt ist. Ausführlieh ging der Redner auch auf die Behandlung der Arbeitslosenfrage und die Anträge der beiden sozialdemokratischen Fraktionen (Kurzarbeit) im sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsamtes ein, die selber von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt wurden. Es zeigte sich, daß die Unternehmer sofort die Kurzarbeit ablehnen, wenn sie einen Teil des Lohnausfalls tragen sollen. Diese Frage darf mit dem Entschluß des sozialpolitischen Ausschusses nicht erledigt sein, sondern muß erneut im Reichstag angeschnitten werden. Wenige der 10 Punkte sind erfüllt worden, und auch diese bedürfen des Ausbaus. Um den ablehnenden Standpunkt der Ausschüsse des Reichswirtschaftsamtes zu den Forderungen des A. D. G. B. etwas abzumildern, haben die Ausschüsse am 5. Juli der Regierung eine Anzahl Forderungen unterbreitet, die sich auf den beschleunigten Erlass eines Gesetzes über den Arbeitsnachweis und die Arbeitslosenversicherung beziehen. Bis dahin soll in dringenden Fällen eine Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge nach bestimmten, vom Redner verlesenen Grundsätzen erfolgen.

Nach der Schilderung über den allgemeinen Stand der Erwerbslosenfrage kam Genosse Dreger auf die Erwerbslosenfrage in Lübeck zu sprechen. Wie im Reich, so haben auch hier die Arbeitervertreter versucht, das bestmögliche für die Erwerbslosen in Lübeck zu tun. Im Hinblick auf die allgemeine wirtschaftliche Lage Deutschlands sind Parolen gewisser Kreise zu Aktionen geradezu verführerisch. Wir in Lübeck haben leider von dem 16-Milliarden-Auftrag des Verkehrrministeriums zur Linderung der Arbeitslosigkeit nichts abbekommen und zwar deshalb nicht, weil hier die Arbeitslosigkeit im Verhältnis zu anderen Gegenden des Reiches gering ist. Unsere Erwerbslosen kommt daher lediglich die erhöhte Unterstützung ab 1. August zugute. (Siehe Volksbote Nr. 161.) Damit ist unsern Arbeitslosen aber nicht gedient. Wir haben zu prüfen, welche Mittel von Landes wegen ergriffen werden können, insbesondere auch mit der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Die Bürgerchaft muß vom Senat fordern, daß alle notwendigen Arbeiten in Angriff genommen werden. Zum Beispiel Freiheitsbau, Verbesserung der Hasenanlagen, Straßendambauten und -reparaturen. Die Betriebsräte haben eifrig zu prüfen, ob durch technische oder organisatorische Veränderungen Arbeitslose untergebracht werden können, ob durch Schichtwechsel Veränderung eintritt und dergleichen. Die Bekämpfung des Heber- und Wundenmachens muß scharf angefaßt werden. Eine weitere Aufgabe der Betriebsräte ist die Überwachung der Doppelexistenzen und deren mögliche Bejeitigung. Diese beiden Punkte bleiben solange ein Problem, als nicht der Solidaritätsgedanke vollkommen gekehrt ist. Die Frage der Doppelexistenzen ist allerdings keine grundsätzliche, da wir die Frau nicht bevormunden wollen. Kurzarbeit und Feiertagsarbeiten sind das allerbeste Mittel, das wir im Interesse der Erwerbslosen anwenden können. Sie sind von Fall zu Fall zu prüfen. Doch sind dies alles nur Palliativmittel. Die Teilmittel oder müssen organisatorisch zusammengefaßt werden, um eine größere Wirkung zu erzielen. Durch Aufstellung von Forderungen, wie sie vielfach von kommunistischer Seite gestellt werden, erreichen wir gar nichts. Den Erwerbslosen muß die volle Wahrheit gesagt werden; ihre Wünsche völlig zu erfüllen, ist unmöglich. Das Erwerbslosenproblem wird so lange bestehen,

wie wir eine kapitalistische Gesellschaftsordnung haben. Die Arbeiterchaft muß zeigen, daß sie mit den Jahren auf dem Wege der Sozialpolitik fortschrittlich ist und deshalb werden wir alles versuchen, die Mittel des Staates mit der Opferwilligkeit der Arbeiter in Verbindung zu bringen, um den Erwerbslosen nach Möglichkeit zu helfen. Unbedingt von diesem allem bleibt das Einhalten der Sozialisierung. Vorerst haben wir uns mit den Tatsachen abzufinden und in den Gewerkschaften reine Arbeiterpolitik zu treiben.

In diesen, die Arbeitslosenfrage in den Grundtiefen erschöpfenden Vortrag, schloß sich eine ausgiebige Diskussion, die meistens der Wirklichkeit aus dem Wege ging und sich in endlose Einzelheiten verlor. U. a. wurde von kommunistischer Seite behauptet, es sei für die Erwerbslosen überhaupt nichts getan worden und die produktive Erwerbslosenfürsorge habe nur Verschlechterungen gebracht. Auch von der Arbeitslosenversicherung verspreche man sich nicht viel. Die Kosten würden doch nur die Arbeiter tragen. Kritisiert wurde ferner der laze Jagdflug bei den Besitzverhältnissen. Ein Redner verteidigte sich sogar auf der Drohung, daß die Erwerbslosen schließlich die Arbeiterführer „herausholen“ würden. Genosse Salomon verlangte Bezeichnung der Farbe von den Gewerkschaften und sagte, die wichtigsten Punkte des A. D. G. B. seien abgelehnt worden. Die Angelegtesten und Arbeiter seien stets die Leidtragenden, zahlten so schon hohe Gewerkschaftbeiträge zugunsten ihrer arbeitslosen Kollegen. Schuld an dem Arbeitslosensein seien vor allem die Unternehmer. Die geringe Unterstützung der produktiven Arbeitslosenfürsorge durch die Unternehmer sei ein Skandal. Genosse Haut nahm sich die Kommunisten besonders vor, die bei der Behandlung des Arbeitslosenproblems im Ortsausschuß und der Afa aus dem Wege gingen. Der Redner streifte die wirtschaftlichen Verhältnisse, die durch die Sanktionen und die Kohlenlieferungen so unendlich verschlechtert wurden und verwies auf die große Arbeitslosigkeit im Ausland. Kein vernünftiger Mensch werde behaupten, daß die Unterstützung genüge, aber wenn nicht mehr erreicht sei, so liege dies an der Zersplitterung der deutschen Arbeiterchaft. Die kommunistische Partei habe überall verlagert, wo es galt, sich der Interessen der Erwerbslosen anzunehmen. Um die Not zu befeitigen, muß jeder sein Scherlein beitragen. Der gute Wille der Gewerkschaften, den Arbeitslosen zu helfen, muß anerkannt werden. Ein besserer Rat sei nicht gemacht worden. Ganz außerordentlich zu bedauern ist die Heiße gegen die Führer, mit der Drohung, sie totzuschlagen. Und noch bedauerlicher ist, daß eine derartige Heiße Verfall gefunden hat. Nichtig sei, daß heute mit Kurzarbeit die Lage der Erwerbslosen nicht verbessert werde, hier müsse man von Fall zu Fall prüfen. Die Erwerbslosen, zu deren Gunsten die sozialdemokratische Bürgerchaftsfraktion wiederholt eingetreten ist, mühten sich eng an ihre Organisationen schließen. — Ein weiterer Redner forderte insbesondere die Betriebsräte auf, sich intensiv mit diesen wichtigen Fragen zu befassen und sachlich zu diskutieren. Bei der Stilllegung von Betrieben müßten sie scharf vorgehen. Heute machten sich schon die Folgen bemerkbar, die die aus Gewinnlust abgebrachten Heißezeiten zeitigten. Die Geschäftsleiterschaft der Arbeiterchaft sei Hauptbedingung, wenn Erfolge erreicht werden sollen. — Wiederholt wurde bemängelt, daß bei der produktiven Arbeitslosenfürsorge die Lohnzulage für Tiefbauarbeit nicht bezahlt werde. — Genosse Dreger ging im Schlußwort auf die verchiedenen Normsätze ein und bewies auch, daß die produktive Arbeitslosenfürsorge immerhin einen Fortschritt bedeute. Dies um so mehr, als von den 200 dort Beschäftigten nur 40 % unterstützungsberechtigt seien. Die Mittel dieser privaten Einrichtung seien etwas knapp, sonst könnten weit mehr beschäftigt werden. Den Erwerbslosen müsse die Wahrheit gesagt werden und nicht, was sie gern hören wollten. Die Kommunisten nehmen das Erwerbslosenproblem nicht genügend ernst. In den Parlamentsausschüssen hätten die Kommunisten stets gefehlt und dadurch die Verschlechterungen durch die bürgerliche Mehrheit auf dem Gewissen. — Ein Antrag, eine große Demonstration gegen die Erwerbslosennot zu veranstalten, wurde abgelehnt. Dagegen erklärte der Vorsitzende, Genosse Kockien, daß mit dem diesjährigen Gewerkschaftsfest eine Rundgebung für die Erwerbslosen verbunden werden solle. Genosse Kockien machte weiter auf den Streik im Kriseur- und Gewerkschaftsbereich aufmerksam und forderte alle Arbeiter auf, die größte Solidarität zu üben und die liegenden Vorbereitungen zu bejuchen.

Gobset.

Erzählung von H. de Balzac.

2. Fortsetzung

Ich werde Ihnen also jetzt eine Lebensrechnung aufstellen. Sei es, daß Sie in der Welt umherreisen, sei es, daß Sie an der Seite Ihrer Frau vor Ihrem häuslichen Kaminfeuer sitzen bleiben — eines Tages muß doch ein Alter kommen, wo das Leben nichts anderes ist, als eine Gewohnheit, der man in einer bestimmten bevorzugten Umwelt gewohnlich nachgeht. Dann besteht unser Glück in der Betätigung unserer Fähigkeiten, die auf Tatsächliches und Bestehendes angewandt werden. Außerhalb dieser beiden Prinzipien ist alles andere falsch. Meine Anschauungen haben sich wechseln müssen, wie die aller Menschen. Ich habe sie unter jedem Breitengrade bestrahlt. Was man in Europa bewundert, das wird in Asien bestraft. Was in Paris ein Vater ist, das wird, sobald man über die Noren hinauskommt, zur Notwendigkeit. Nichts ist blühender feststehend und absolut — es gibt nur eine Anzahl Vereinbarungen und Kompromisse, die unter den verschiedenen Klimaten modifiziert werden. Für den Menschen, der sich sozusagen in alle gesellschaftlichen Gußformen eingestalt hat, für den sind Ueberzeugungen und Moralitäten nur wertlose Worte. Dann bleibt in uns nur das einzige wahre Gefühl zurück, mit dem die Natur uns ausgestattet hat: der Selbsthaltungstrieb. In Ihrer europäischen Gesellschaft heißt dieser Instinkt: persönliches Interesse. Wenn Sie soviel und solange gelebt hätten wie ich, so wüßten Sie, daß es nur einen einzigen materiellen Gegenstand gibt, dessen Wert feststehend genug ist, damit ein Mensch sich mit ihm befassen kann. Dieser Gegenstand ist das Gold.

Das Gold stellt alle Abarten menschlicher Kraft dar. Ich bin viel gereift, ich habe gesehen, daß es überall in der Welt Ebenen und Berge gibt. Die Gesamtsomme menschlicher Leidenschaft, die durch das Eniel und Gegenpiel eurer gesellschaftlichen Begehrlichkeit in die Höhe getrieben wird, paradiert an mir, der in absoluter Ruhe lebt, in langem Zuge vorüber. Und dann euer wissenschaftlicher Forschungsdrang, jener Kampf, in dem der Mensch immer unterliegen muß. Ich erlebe ihn durch ein systematisches Eindringen in das Räderwerk, das die Menschheit in Bewegung hält. Kurz und gut — ich befinde mich, ohne in einem Zustand der Ermüdung zu sein, im Besitze der Welt, und die Welt kann mir nichts anhaben.

Nun, hören Sie! Wenn ich Ihnen jetzt die Ereignisse des heutigen Nachmittags erzähle, so werden Sie das ganze Maß meines Genusses erfassen können. Er eland sich, schob den Riegel seiner Tür vor, zog einen Vorhang aus altem Stoff vor, der die Ringe an der Eisenstange freistanden, und setzte sich dann wieder auf seinen Platz.

„Heute morgen“, begann er, „hatte ich nur zwei Wechsel einzufassen; die andern waren schon gestern von einigen meiner Kunden an Zahlungsstatt angenommen worden. Um so mehr Verdienst! Bei der Diskontierung ziehe ich nämlich die Fahrt, die ich zur Eintarierung machen muß, schon im voraus ab, indem ich vierzig Sous für eine Droschke beanspruche. Das fehlte noch gerade, daß mich ein Kunde für einen mageren Diskontverdienst von sechs Franken durch ganz Paris hiehe — mich, der niemand zu gehorchen braucht und überhaupt nur sieben Franken Abgaben zahlt! Der erste Wechsel im Werte von tausend Franken wurde mir feinerzeit von einem jungen Mann gebracht, von einem seinen Arzeln mit Lognon, mit pälestinänischer Waise, mit englischen Pferden und einem Tilbury und so weiter. Das Papier war von einer der hübschsten Frauen von Paris unterzeichnet, die mit einem reichen Grundbesitzer, einem Grafen, vermählt ist. Wozu hatte diese Gräfin einen Wechsel unterschrieben, der rechtlich keinen Wert hatte, tatsächlich aber so gut wie nur irgend etwas war? Diese unglücklichen Frauen fürchten immer einen Skandal, den ein Protest in ihrem Hause hervorrufen könnte, und sie würden lieber irgend etwas in Zahlung hingeben, als nicht zahlen. Ich wollte den geheimen Wert dieses Wechsels in Erfahrung bringen. War es Beschränktheit, Unvorsichtigkeit, Liebe oder Mitleid?

Der zweite Wechsel in gleicher Höhe war Jenny Malvaut gezeichnet und mir von einem Leinwandhändler gebracht worden, der im Begriff steht, sich zu ruinieren. Niemand, der noch den geringsten Kredit auf der Bank hat, kommt in meine Budik. Der erste Schritt, den man von meiner Tür zu meinem Schreibtisch zurücklegt, zeigt mir stets das selbe Bild der Verzweiflung, des bevorstehenden Bankrotts, immer aber handelt es sich um vorhergehende, andauernde Suche nach Geld und eine abschlägige Antwort bei allen Bankiers. Und daher sehe ich nur gekehrtes Wild, hinter dem die Meute der Gläubiger herjagt.

Die Gräfin wohnte in der Rue du Helber, und meine Jenny in der Rue Montmartre. Welche Anzahl von Kombinationen habe ich angestellt, als ich heute morgen mein Haus verließ. Wenn diese beiden Frauen nicht imstande waren, zu zahlen, so mußten sie mich mit mehr Respekt empfangen, als wenn ich ihr eigener Vater gewesen wäre. Welche Anzahl von Vosen und Mägen mir die Gräfin für ihre tausend Franken wohl vorspielen würde. Mühte sie nicht ein liebenswürdiges Wesen annehmen, in einem Tonfall zu mir zu reden, dessen schmeichelnder Klang eigentlich für den bestimmt war, der den Wechsel indoffiert hatte, mich mit zärtlichen Ausdrücken überschütten, mich vielleicht anflehen und ich — hier warf mir der Greis seinen bleichen, schliefen Blick zu — „und ich“, fuhr er fort, „ich feils unbewußt, unethisch. Ist stehe da, wie der Rächer. Ich komme wie die Verkörperung der Neue.

Laßen wir also jetzt alle meine Gedanken und Hypothesen beiseite. Ich fange also an:

„Frau Gräfin ist noch nicht aufgestanden.“ sagte mit einer Kammerjungfer.

„Wann ist sie zu sprechen?“

„Gegen mittag.“

„Ist die Gräfin vielleicht leidend?“

„Nein, mein Herr, sie ist erst gegen drei Uhr vom Bad noch Hause gekommen.“

„Ich heiße Gobied. Bitte, teilen Sie der Gräfin meinen Namen mit. Ich werde gegen Mittag wiederkommen.“

Und dann tröste ich mich, indem ich auf dem weichen Teppiche der die Marmortreppen der Treppe bedeckt, meine Spuren zurücklasse. Ich finde Vergnügen daran, die Teppiche der reichen vornehmen Leute zu beschmutzen. Nicht aus kleinlicher Bosheit, sondern um sie die eiserne Klauen der Not kennen zu lehren.

Ich gelangte auf die Rue Montmartre. Ich stöße die Haustür eines Hauses von recht minderwertigem Aussehen auf und sehe einen jener dunklen Höfe vor mir, in die die Sonne niemals einbringt. Die Portiersloge war schwarz. Die Scheiben gleichen dem Marmel eines zu lange getragenen Hausrobes; sie waren fettig, braun, rüßig.

„Mademoiselle Jenny Malvaut?“

„Sie ist ausgegangen. Wenn Sie aber wegen eines Wechsels kommen — hier ist das Geld.“

„Ich werde wiederkommen.“ sagte ich. In dem Augenblick, da ich sah, daß die Portiersfrau das Geld zur Verfügung hatte, wollte ich das junge Mädchen sehen. Ich stellte mir vor, daß sie sicherlich hübsch sein müßte. Ich verbrachte den Vormittag, indem ich mir die auf dem Boulevard ausgestellten Stiche und Gravuren besah. Pünktlich um 12 Uhr durchschritt ich den Salon, der vor dem Zimmer der Gräfin lag.

„Frau Gräfin läutet soeben nach mir“, sagte die Kammerjungfer. „Ich glaube nicht, daß sie schon zu sprechen ist.“

„Dann werde ich warten“, entgegnete ich, indem ich auf einen Lehnstuhl niederließ.

Die Portieren öffneten sich, die Kammerjungfer kam eilig zurück und erklärte mir: „Ich bitte einzutreten, mein Herr.“

Aus dem sanften Ton ihrer Stimme entnahm ich, daß ihre Herrin nicht imstande war, zu zahlen.

Wie wunderbar schön die Frau war, die ich jetzt zu sehen bekam! In aller Eile hatte sie einen Rückschritt über ihre nackten Schultern geworfen und sie hülfte sich so fest in das Tuch, daß ihre Formen klar zurutage traten. Sie trug ein Beignoir, das mit schneeweißen Rüschen besetzt war, die auf eine jährliche Ausgabe von ungefähr zweitausend Franken bei der Feinwälderin schließen ließ. Ihre schwarzen Haare floßen in großen Wellen aus einem zierlichen Seidentuch, das sie nach Art der Kreolinnen nachlässig um den Kopf gewunden hatte. Ihr Bett wies in seiner Unordnung auf eine in banger Erregung verbrachte Nacht. Ein Maler hätte irgend etwas gegeben, um einige Minuten lang dieser Szene beizumohnen zu können.

(Fortsetzung folgt.)

Achtung, Bürgerpflicht! Freitag abend 7 Uhr Sitzung im Rathaus. Pünktliches und vollständiges Erscheinen wird erwartet.

Verein „Arbeiter-Jugend“. Morgen Donnerstag 8 Uhr Ortsvorstandssitzung im Gewerkschaftshaus.

Behrungen der Fischereifahrzeuge von der Zahlung des Hafengeldes. Der Fischereifahrer-Verband Lübeck-Schlutup e. V. hat den Antrag gestellt, das Hafengeld für die in Lübeck liegenden deutschen Fischereifahrzeuge zu erlassen, um die Zufuhren zum Zentralfischmarkt zu heben und um mehr Fischmengen nach Lübeck zu ziehen. Der Fischereifahrer-Verband hat dabei betont, daß es keineswegs außer acht gelassen werden dürfe, daß die in Lübeck bestehenden Hochseefischereien allein nicht in der Lage seien, die Fischzufuhren zu heben. In weitere Neuarrangungen von Hochseefischereiuunternehmungen sei wegen starker Uebersteuerung der Neubauten in absehbarer Zeit nicht zu denken. Wenn aber die Hochseefischereiflotte nicht zur vollen Ausnutzung des hiesigen Zentralfischmarktes ausreiche, so müßten auswärtige deutsche Fischdampfer herangezogen werden. Diese würden aber nur dann Lübeck anlaufen, wenn sie hier dieselben Erleichterungen genießen, die sie an anderen Plätzen haben. In den meisten Wettbewerbshäfen sind die Fischereifahrzeuge vom Hafengeld befreit. Obwohl die Befreiung der Fischdampfer durch das Hafengeld an sich nur eine geringe ist, erscheint es doch dem Senat zweckmäßig, durch eine ihm zu erteilende entsprechende Ermächtigung die Möglichkeit zu schaffen, die hier liegenden Fischdampfer von dem Hafengeld zu befreien. Er stellt daher einen dementsprechenden Antrag an die Bürgererschaft.

Zweigliedriger Ausbau zweier Straßenbahnstrecken. Die Betriebsbehörde hat darauf hingewiesen, daß die ständig wachsende Anforderung an die Arbeiterwagenstellung für das Industriegebiet an der Trave durch das Ein- und Ausrücken der Wagen auf der eingleisigen Strecke der Straßenbahn in der Koedstraße bei der Durchführung des jahresplanmäßigen Betriebes auf der Linie 1 erhebliche Schwierigkeiten verursache, sodaß die Abwicklung eines geordneten Fahrbetriebes immer mehr in Frage gestellt werde. Um den Aus- und Einlauf der Arbeiterwagen ohne störenden Einfluß auf den jahresplanmäßigen Betrieb der Burglinien durchzuführen zu können, müsse die Straßenbahn in der Koedstraße auf der Strecke vom Burgfelde bis zur Paulstraße doppelgleisig ausgebaut werden. Weiter hat die Behörde dargelegt, daß der in den Sommermonaten auf den Linien 14 und 15 alljährlich meist zunehmende Außenverkehr, z. B. nach Hohenheide, die Aufnahme eines zwanzig-Minutenbetriebes auf diesen Linien in der verkehrsreichen Zeit notwendig mache. Der zwanzig-Minutenverkehr könne indes ohne Behinderung, die insbesondere durch die drehbare Herrenbrücke und den umfangreichen Arbeiterverkehr hervorgerufen werde, nur dann durchgeführt werden, wenn die Straßenbahnlinie von der Forststraße bis zur Abzweigung der Chaussee nach Schlutup ebenfalls zweigliedrig ausgebaut werde. Die durch den zweigliedrigen Ausbau der beiden Strecken und die damit zusammenhängenden Gleisveränderungsarbeiten entstehenden Kosten belaufen sich, wie aus dem Bericht der Betriebsbehörde, Abteilung Straßenbahn, vom 20. Mai 1921 hervorgeht, auf insgesamt 860 000 Mark. Die Betriebsbehörde hat beantragt, ihr diesen Betrag zur Verfügung zu stellen. Der Senat tritt dieser Forderung in einem Antrag an die Bürgererschaft bei.

Solidaritätsunterstützung für die Freiseergehilfen. In der am 18. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung des Verbands der Freiseergehilfen wurde u. a. über den Vorberichts- und Freiseergehilfen-Streit diskutiert. Es wurde dort folgende Resolution angenommen: „Die Mitgliederversammlung des Freiseergehilfen-Verbandes, Filiale Lübeck, beklagt die steigende Verdrängung und Freiseergehilfen in ihrer gerechten Forderung dadurch zu unterstützen, daß nur die Forderungen der Freiseergehilfen und die Geschäfte, die die gestellte Forderung anerkennen und bewilligen, beauftragt werden.“

Beschwerden müssen an der richtigen Stelle angebracht werden. Aus dem Arbeitsamt wird uns mitgeteilt, daß sich das Amt in letzter Zeit mehrfach gezwungen gesehen hat, Strafanzeigen gegen einige Personen, namentlich gegen weibliche Personen zu stellen. Die über die Arbeitsnachweiseamen und -beamtinnen üblichen Nachreden geführt haben. Alle Beschwerden über die Angehörigen des Arbeitsamtes werden von der Leitung des Arbeitsamtes gewissenhaft untersucht, so daß jedem, der glaubt, zu einer Beschwerde berechtigt zu sein, nur empfohlen werden kann, diese Beschwerde bei der Leitung des Arbeitsamtes anzubringen. Es kann aber nicht gebührend werden, daß den Angehörigen des Arbeitsamtes etwas nachgesagt wird, was sich bei näherer Prüfung bisher stets als unwarhaft herausgestellt hat und was sich meistens als eine sehr schwere Beleidigung erweist, wegen derer die Verbreiter derselben nummehr immer zur Verantwortung gezogen werden sollen.

Verkehr für Auslandspakete. Im Auslandsverkehr sind seit dem 20. März 1921 die Gewichts- und Verschickungsbühren nach dem Verhältnis von 1 Franken = 10 Mk. erhoben worden. Entsprechend der inwärtigen veränderten Bewertung der deutschen Mark und infolge der bedeutenden Erhöhung der an das Ausland zu vergütenden Beförderungsgebühren sieht sich die Postverwaltung zur Verhängung von empfindlichen mißwirtschaftlichen Schabladungen gezwungen, vom 1. August d. J. an die vorbestimmten Gebühren nach dem Verhältnis 1 Fr. = 12 Mk. zu erheben. Ueber die Einzelheiten geben die Postanstalten Auskunft.

Im Haus-Theater gastiert gegenwärtig Edgar Paul. Der Künstler ist den Lübeckern noch von seiner Tätigkeit am hiesigen Stadt-Theater her gut bekannt und in lieber Erinnerung. Edgar Paul gab den Golefabrikanten Sergebrecht in der „verschundenen Pauline“ und drückte in seiner urwüchsigen Art dem Schwanz seinen Stempel auf, so daß die Wirkung auf das Publikum nicht ausblieb. Der Golebrecht aber auch tüchtige Mitstreiter, vor allem in Direktor Grammi, Martha Hohenfeld und vor allem Paul Schneider, die alle zum guten Geinigen beitragen. Denn ohne tüchtige Kräfte fällt der Schwanz in sich zusammen. Das Publikum kann aus dem Lachen nicht heraus und spendete lebhaften Beifall.

Im Haus-Theater gastiert am Sonnabend das Orchester russische Galalaika-Orchester. Auswärtige Kritiken schreiben darüber: Was dieses eigenartige Orchester unter der temperamentvollen Leitung von Dr. Smerkow bietet, ist nicht nur vom volkstümlichen, sondern auch vom rein musikalischen Standpunkt interessant und genussreich. Unter den vielen Nummern des reichhaltigen Programms befand sich auch Schubert's „Am Meer“. Hier hatte das Ohr des Deutschen die beste Gelegenheit, das Orchester auf seine musikalischen Qualitäten einzuschätzen; kluglich war alles aufs feinste abgestimmt und musikalisch ungemein tief und lebensvoll gefaßt. Ebenso interessant wie der musikalische Teil der Veranstaltung waren die Nationaltänze, die ebenfalls ein treues Spiegelbild russischen Volkstums gaben, unter ihnen der Bolarentanz, der feurige russische, von Herrn Orlik ausgeführte Nationaltanz u. a.

Stadttheater. Die Vorstellungen in den Kammerspielen müssen vorläufig wegen Neuanlage des elektrischen Lichtes ausfallen.

Für den Anschluß lübeckischer Landgemeinden an das Hochspannungsnetz des Kreises Herzogtum Lauenburg werden 1 950 000 Mk. gefordert. Der Senat stellt einen dementsprechenden Antrag an die Bürgererschaft. Die Summe soll aus Anleihegeldern zur Verfügung gestellt werden.

Erfolge Lübecker Künstler. Im Ideenwettbewerb um die Helbenediktionshalle in Hamburg wurde unter 70 einlaufenden Arbeiten der Entwurf der Architekten Jankel u. Hornmann an erster Stelle preisgekrönt. Hornmann ist geborener Lübecker.

Badeanstalt Falkendamm. Wassertürme am 20. Juli morgens 6 Uhr 22^o; mittags 12 Uhr 22^o Celsius.

Hainburg. Der Sozialdemokratische Verein hält am Freitag, dem 22. Juli, abends 7 1/2 Uhr, eine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen wichtige Punkte. Vollständiges Erscheinen der Mitglieder ist notwendig.

Travemünde. Sprechtag für Kriegsbeschädigte. Herr Dr. med. Ahlenkiel vom Versorgungsamt Lübeck wird am Donnerstag, dem 21. Juli, vormittags von 10 1/2-12 1/2 Uhr im Sitzungszimmer der Behörde für Travemünde einen Sprechtag abhalten. Die Kriegsbeschädigten Travemünder werden auf diese Gelegenheit, Auskunft in Rentenfragen zu erhalten, hingewiesen.

Travemünde. Der Fremdenverkehr belief sich nach dem Jahresbericht des Vereins Seebad- und Fremdenverkehr für das Jahr 1920 auf 12 000 Personen, von denen Hamburg fast 40 v. H. stellte; vom Rest entfiel die Hälfte Beteiligungen auf Rheinland-Westfalen mit fast 3000 Besuchern. Das Ausland war weniger vertreten, dagegen hat sich im neuen Jahre bereits wieder ein recht starker Besuch von Ausländern angemeldet. In der am 16. Juli abgehaltenen Jahresversammlung des Vereins wurde bei Besprechung der Werkherfragen beschlossen, vor Feststellung des Winterplans gemeinsam mit allen beteiligten Behörden und Kreisen bei der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft wegen besserer Jugendverbindungen, besonders aber wegen Offenhaltung des Strandbahnhofes auch im Winter, vorstellig zu werden. Wegen Verbesserung der Dampfheizungsverbindungen mit den Nachbarstädtern wird der Vorstand sich an den Norddeutschen Lloyd wenden. Der Autoverkehr der Nordmark zwischen Lübeck-Travemünde und den benachbarten Bädern ist noch zu wenig bekannt. Der Vorstand wird besonders wegen eines lebhafteren Autoverkehrs Travemünde-Rücknitz vorstellig werden. Allseitig wurde die Höhe der Kurtaxe bemängelt. Der anwesende Vertreter der Behörde für Travemünde verhielt eine Nachprüfung.

Angrenzende Gebiete.

Schwann. Das Gewerkschaftsfest am Sonntag verpflichtet eine gewaltige Rundgebung der Arbeiterschaft zu werden. Rein organisierter Arbeiter darf fehlen. Die Festrede hält Genosse Dr. Leber. Da sicher auch eine große Beteiligung der Lübecker Genossen zu erwarten ist, sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Straßenbahn am Sonntag alle 10 Minuten verkehrt. (Siehe Inserat.)

Hamburg. Ein großer Brozsch wegen Salvarsan in Lübeck wird demnächst das Landgericht in Hamburg auf einige Wochen beschuldigen. Angeklagt sind 84 Personen, die sich wegen vollendeten oder versuchten Betruges, der Beihilfe hierzu, sowie wegen Vergehens gegen die Arzneiverordnung vom 22. März 1917 zu verantworten haben. Als Haupttäter werden der Steward von der Heyde, der Postermöbel-fabrikant Gerloff, die Ehefrau Böhler, der Former Wucher, die Eheleute Popenhagen, der Landwirt Garber und der Schrift-führer Lorenzen bezeichnet, wozu sich noch einige Duzend Helfer und Helfershelfer gesellen. Die Hauptangeklagten werden beschuldigt und sind zum Teil auch gefänglich, Salvarsan gefälscht, fabrikmäßig angefertigt und im großem Umfange in den Handel gebracht zu haben. Als Hersteller des gefälschten Salvarsans ist der Angeklagte von der Heyde überführt; er steht in dem dringenden Verdacht, mindestens 50 000 Ampullen angefertigt und in den Handel gebracht zu haben. Die Angeklagten haben in ihren Fräsewerkstätten in der raffinierten Weise das gefälschte Salvarsan aus allen möglichen Substanzen hergestellt. Es wurden viele Tobesfälle aus dem Ausland bekannt, die auf gefälschtes Salvarsan zurückzuführen sind. Auch in dem amerikanischen Besatzungsheer traten durch gefälschtes, gefälschtes Salvarsan schwere Gesundheitsbeschädigungen auf.

Neuburg. Moorbrände. Seit einigen Tagen ist auf dem zwischen Bredendorp und Bollund belegenen Bredendorfer Baummoor ein Feuer ausgebrochen, das sich bereits in einem Umfang von zwei Quadratkilometern ausgedehnt hat. Verschiedentlich waren Wohnhäuser in Gefahr, im letzten Augenblick schlug aber der Wind um. Zahlreiche Torfbestände, die nicht rechtzeitig fortgeschafft werden konnten, sind mitverbrannt. Nur durch Regengüsse kann das Feuer gelöscht werden. Auch für das Westermoor besteht Gefahr, wenn sich der Wind nach Norden dreht. Das Kropfer Moor ist ebenfalls in Brand geraten. Auch aus der Gegend um Stapelhelm werden gewaltige Heide- und Moorbrände gemeldet. Seit Sonnabend brennt bei Schwamning die Schwamninger Heide. Bei der Station Dörpstad entstand ein Heide- und Moorbrand, der bedeutende Mengen Torf vernichtete und alle Lösversuche vergeblich machte, zwischen den Bahnhöfen Kropf und Jagel ging der Heidebrand bereits auf die reifen Roggenfelder über.

Gewerkschaften.

Entlassung „vorübergehend“ Beschäftigter.

Bei der jetzigen Wirtschaftskrise und der dadurch bedingten Arbeitslosigkeit ist die Verordnung vom 12. Februar 1920 („Reichsgesetzblatt“ S. 213) von besonderer Bedeutung, da es bei kritischer Durchführung derselben bis zu einem bestimmten Grade möglich ist, die Arbeitslosen gegen vorläufige Arbeitslosigkeit zu schützen, da nach § 12 Entlassungen erst vorgenommen werden dürfen, wenn die Wochenarbeitszeit im Betriebe bis auf 24 Stunden herabgesetzt wurde und auch, wenn dies geschehen, die Bestimmungen des § 13 zu beachten sind. Jedoch enthält diese Verordnung einen Fehlerbezug in dem dritten Absatz des § 12, welcher lautet:

„Die Vorschriften des Absatz 1 Satz 1 finden keine Anwendung bei Entlassungen von Arbeitnehmern, die nur zur vorübergehenden Lushilfe oder für einen vorübergehenden Zweck angenommen sind.“

Die Unternehmer, denen ebenso wie die Durchführung sämtlicher sozialer Schlußbestimmungen im allgemeinen, so auch besonders die Durchführung der Verordnung vom 12. Februar 1920, unangenehm und lästig ist, versuchen nun, mit Hilfe der vorangeführten Bestimmung des § 12 Abs. 3 nach Möglichkeit, um die Verordnung vom 12. Februar 1920 überhaupt herumzukommen. Es wird in letzter Zeit vielfach versucht, bei Neueinstellung von Arbeitnehmern Abmachungen zu treffen, daß die Einstellung auf eine bestimmte Zeitdauer erfolgt und nach Ablauf dieser Frist ohne weiteres und ohne besondere Kündigung die Tätigkeit der betreffenden Arbeitnehmer im Betriebe endet. Derartige Abmachungen stehen jedoch der Verordnung vom 12. Februar 1920

Die Kuh.*

Von Emil Eril.

Dem Knechtler Gimpel war wegen einer rüchständigen Steuerzahlung keine Kuh verweigert worden. Der lange Bachfrieder hatte sie erstanden.

„So, jetzt können wir gehen“, sagte der Steuerreferent und Schuldentreiber, der die Amtshandlung geleitet hatte.

Der Steuerreferent und Schuldentreiber lag wie dem langen Bachfrieder und noch zwei andern Bauern, die auf die Kuh mitgehoben hatten, am den weitergebliebenen Holzstich unter dem Apfelbaum. Er hob den Kopf und blinnte den Bachfrieder erwartungsvoll an. Auf seinem Rücken, von den Boden zerrissenen Zweigen durchdrungen, und wenn der Wind den Baum bewegte, tanzten die Schatten über die farbigen Wangen, daß es auslief, als ob dieser unangenehme, schweißende Mensch, in dem die oberherrliche Macht und Würde der Staatsgewalt sich verkörperte, Grimassen schnitt.

„Also — und auf diese Weise könnten wir schon nach und nach wieder heim gehen“, wiederholte er und stand auf.

Er ergriß die Lenkstange seines Fahrrades, das am Baumstamm lehnte, stieg auf und schob es in den Sattel und wartete, indem er immer noch den Bachfrieder anblinnte. Der lange Bachfrieder schaute sich endlich an, allmählich zu begreifen, was eigentlich die Meinung war.

„Nicht! Zahlen muß er auch, der Mensch!“ sagte er bedächtig.

Und ohne sich besonders zu beeilen, kramte er das Geld für die Kuh heraus, Goldstücke und Silberkronen, und zählte es auf den Tisch. Da lag es nun und glitzerte in den runden Sonnenstrahlen, die sich zwischen dem Frühlingsschattenschiefer hindurchschoben, um sich auf der grauen Tischplatte zu häufen und ihr Spiel zu treiben. Wie aber der Steuerreferent nach den Goldstücken greifen wollte, schob sich die schwere, höfliche Hand des Schuldentreibers davor und deckte sie zu. „Nein, es ist ihm das Geld einbüßend, wolle er sich noch einmal überlegen. Und um Zeit zu gewinnen, meinte er: wo denn die Kuh wäre? Die müßte er doch vorerst am Stall haben, bevor er kein gutes Geld angehe.“ Damit schob er die funkelnden Münzen wieder ein und redete sie in seine graue Mundhöhle. Der Steuerbeamte wurde ungeduldig.

„Also vorwärts, so holen wir halt die Kuh!“

Aus Emil Eril, „Knechtliches Silberbuch“, erste und letzte Geschichten.

Er lehnte sein Rad wieder an den Baum und stieß das Zaungitter auf. Der Schipfel bellte, als er die vier Männer in den Hof treten sah. Es war ein ganz kleiner Koter, halb Spitz, halb Pinscher, aber mit einer Kette angehängt, die für den stämmigen Hund gerade recht gemein wäre. Immer, wenn er ein paar mal gebellt hatte, rasselte der Schipfel mit seiner schweren Kette in die Hundehütte hinein und verlor sich im Stroh. Und dann nach einer Weile mit neuem Geräusch und neuem Gebell wieder hervor.

Der lange Bachfrieder, als Eigentümer der Kuh, ging voraus, mit Schriften wie ein Kammat und ungefügen Gliedern, von der Schwere und Knackigkeit eines vorantstehenden Tieres. Der Schuldentreiber als Amisperson, folgte ihm und die beiden Nachbarn fernem aus Neugierde mit. Als sie sich dem Stalle näherten, fuhr er einmal ein Weib, man wußte nicht, woher, sichtbar aus dem Erdboden heraus, eine kleine hagere Person, dürr wie ein Zaunpfosten, mit einem einzigen Zahne, der vom Unterkiefer über die Oberlippe ragte. Es war die Gimpelin, die Gattin des Ersten. Mit einer eisernen Wipfabel dröhnend, stand sie vor der Stalltür wie ein Oberst vor dem Paradiestor und ließ die entsetzten den unwillkommenen Gästen entgegen.

„Die Kuh laß ich nicht wegführen! Wer sie onührt, dem laß ich die Wipfabel in den Bauch!“

„Im Namen des Gesetzes!“ rief der Steuerreferent. „Geben Sie den Weg frei!“

„Nein!“ schrie sie. „und wenn ich zehn Jahre Zuchthaus krieg — die Kuh greift mir keiner an!“

Hinter den wirrigen Fenstern der Holzstube, die seitlich im Hof stand, drängten sich Kinderköpfe, die mit ängstlich aufgerichteten Augen und offenen Mündern die Szene verfolgten. Fünf Stück waren es, lauter Flachblonde, mit wirren Haarzotten und ungewaschenen Gesichtern. Von dem letzten, das noch in der Wiege lag, hörte man nur ein wie aus weiter ferne klingendes jammervolles Quänen. Der Vater der Brut, der Knechtler Gimpel, war nicht daheim; er hatte sich fortgeschlichen und ließ sich unten im Wirtschaften einen Brandweinanzug an.

Der Schuldentreiber geriet in Aufregung und schimpfte. Die Würde des Amtes stand auf dem Spiele und seine eigene obenbreit. Mit bekenden Worten verjagte er die Bauern aufzuwiegeln.

„Nehmt ihr die Gabel aus der Hand! Redet euch doch vor so eine Figuren nicht fürchten! Wenn ich das halt“ müssen lassen, so halt“ ich Gebarmertensagen mügenommen!“

Im Horn nahmen seine teigigen Wangen eine fast lächelnde Färbung an, weil die Horn noch jähler wurde, in jedem der unzähligen Gebären aber, die die Blätter zurückgelassen hatten, ein rotes Flecken lag. Den Bauern fiel es nicht ein, sich zu

rühren, sie sahen mit voller Gemütsruhe seinem fruchtlosen Eifer zu, die Pfeife im Maul und eine Hand im Hosensack.

„Ist halt der Kauf null und nichtig“, meinte der Bachfrieder.

„Hat mich eh schon fast gerent.“

„Das gibt es nicht!“ eiferte der Exekutor. „Die Versteigerung ist nach Form Rechtsens vor sich gegangen. Sie haben die Kuh gekauft, Ihnen gehört sie.“

„Auch recht“, sagte der Bachfrieder und ließ das Wasser aus seinem Pfeifenkopf tropfen; „so wack'ich halt, bis daß sie mir die Kuh übergeben.“

Der Steuerbeamte versuchte es jetzt im Guten.

„Schauen Sie, Gimpelin, geben Sie nach; es nützt Ihnen doch nichts. Die Kuh ist auf jeden Fall beim Teufel, und wenn Sie das Vieh nicht herausgeben, so werden Sie noch abgestraft auch.“

„Mir ist jetzt alles gleich“, sagte das Weib. „Ich kann meine Kinder nicht verhungern lassen. Wer mit in die Wäp kommt, den laß ich nieder.“

„Sie haben sich die Folgen selbst zuzuschreiben“, sagte der Schuldentreiber.

Er drehte sich um, ging aus dem Hof und schob sein Rad neben sich her. Die drei Bauern folgten ihm in einiger Entfernung, schweialam und mit ruhigen, ersten Gesichtern, insachheim aber mit boshafter Freude, daß er den Kürzeren gezogen hatte.

„Gut, daß ich mein Geld rechtzeitig wieder eingestekt hab“, sagte der Bachfrieder noch.

„Eh“ wahr“, sagten die beiden anderen.

Unten an der troken Föhre, wo die Bezirksstrafe anfängt, wartete der Steuerreferent auf die Nachkommenden.

„Morgen um zehn Uhr hole ich Sie ab und übergebe Ihnen die Kuh“, sagte er zum Bachfrieder. „Halten Sie das Geld bereit.“

Damit schwang er sich aufs Rad und fuhr davon.

Als die Männer sich entfernt hatten, lehnte die Knechtlerin die Kuh in die Stalle, holte den Milchimer und melkte die Kuh. Spät am Abend kam der Gimpel heim, schimpfte auf Gott und die Welt und Weib und Kinder und fiel betrunken ins Bett. Am andern Morgen, als er seinen Rausch ausgeschlafen hatte, war die Frau schon aufgestanden. Er suchte sie in Hof und Stall und fand sie schließlich in der Kammer, sie hatte noch einmal die Kuh gemolken und leate jetzt ihr Sonntagsgewand an.

„Geh, Papi, was treibst denn?“ fragte er bekommen.

„Ich weiß schon, was kommt!“ sagte sie. „Mich holen heut die Schendarmen.“

Da machte er sich wieder in aller Stille davon.

zur Ausübung entgegen. Es handelt sich nunmehr für uns darum, die Absichten der Unternehmer zu durchkreuzen und denselben die Umgehung der Verordnung vom 12. Februar 1920 unmöglich zu machen.

„Vorübergehende Beschäftigung“ kann z. B. nur sein, wenn im Falle der Erkrankung oder der Beurlaubung eines oder mehrerer ständiger Arbeitnehmer des Betriebes eine gleiche Anzahl Arbeitnehmer für die Dauer des Fehlens eingestellt werden. Dann wird, wenn die ständigen Arbeitnehmer in den Betrieb wieder zurückkehren, die vorübergehende Beschäftigung der für sie als Ersatz eingestellten Arbeitnehmer tatsächlich zu Ende sein. Erkrankten jedoch inzwischen weitere Arbeitnehmer oder werden beurlaubt, und die zuletzt als Ersatz eingestellten treten nunmehr auch an deren Stelle, dann kann von vorübergehender Beschäftigung nicht mehr die Rede sein. Es handelt sich dann vielmehr bereits um eine ständige Beschäftigung zur normalen Aufrechterhaltung des Betriebes.

Weiter kann man als „vorübergehende Beschäftigung“ betrachten, wenn die Bewältigung eines Auftrages in Frage kommt, dessen Umfang und Größe über den normalen Auftragsbestand und die normale Leistungsfähigkeit des Betriebes hinausgeht. Auf Grund des § 71 B. G. hat sich jedoch in solchen Betrieben, auf welche das B. G. Anwendung findet, der Betriebsrat oder Obmann davon zu überzeugen, ob ein die normale Leistungsfähigkeit vorübergehend übersteigender Beschäftigungsnachfrage vorliegt. Die tatsächlich zu solchem Zwecke einstellten Arbeitnehmer könnten ebenfalls als vorübergehend Beschäftigte betrachtet werden. Wenn jedoch während der Erledigung des besonderen Auftrages die Einrichtungen des Betriebes darauf verbessert wurden, daß der Betrieb in der Folge ist, in diesem Umfang dauernd weiter zu arbeiten, und wenn nach Erledigung des besonderen Auftrages die zu diesem bestimmten Zweck Eingestellten noch zu weiteren Arbeiten des normalen Geschäftsbetriebes verwendet werden, dann kann von einer vorübergehenden Beschäftigung oder Beschäftigung zu einem bestimmten Zweck nicht mehr die Rede sein, sondern es handelt sich um ständige Arbeitnehmer.

In allen Abteten Fällen, wo die vorangehenden beiden besonderen Merkmale nicht vorliegen, deren Vorhandensein außerdem noch zureichend ist, um die Betriebsunterbrechung ausdrücklich festzustellen wäre, ist unter allen Umständen auf die Strafdurchführung der §§ 12 und 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920 zu denken, auch wenn der Unternehmer zeitlich begrenzte Abmachungen getroffen hat, und wenn jede vorzunehmende Entlassung ist auf Grund des § 14 derselben Verordnung in der Zahl 3 Wochen von der Kündigung ab gerechnet, bei dem zuständigen Schlichtungsausschuss Einbruch zu erheben.

Die Angelegenheit hat in der letzten Zeit die Presse wiederholt beschäftigt. So ist der Schlichtungsausschuss Neumann in seiner Sitzung am 19. April 1921 zu folgender Auslassung der Begriffe „vorübergehende Aushilfe“ bzw. „Einstellung für einen vorübergehenden Zweck“ gekommen:

„Vorübergehende Aushilfe“ liegt nur dann vor, wenn ein Arbeitnehmer aus dem Normalbestand vorübergehend an der Ausübung seiner Arbeiten behindert ist und ein anderer als Ersatzmann eingestellt wird. Wird ein Arbeitnehmer als Ersatzmann für alle laufend vorkommenden Erkrankungen eingestellt, so fällt dies nicht unter den Begriff „vorübergehende Aushilfe.“

„Einstellung für einen vorübergehenden Zweck“ liegt nur dann vor, wenn eine die Normalbeschäftigung des Betriebes anlangende überzeitige Arbeit bewältigt werden soll. Die Festlegung des Normalbeschäftigungsgrades eines Betriebes erfolgt am zweckentsprechendsten durch eine Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber und dem Betriebsrat. Wenn zu einem vorübergehenden Zweck besondere Einstellungen vorgenommen werden sollen, empfiehlt es sich, hierüber schriftliche Abmachungen zu treffen und dieselben von beiden Parteien sowie dem Betriebsrat unterschreiben zu lassen.“

In der „Deutschen Betriebszeitung“ vom 12. Juli 1921 befindet sich ebenfalls ein auf diese Angelegenheit bezugnehmender Aufsatz, welcher die vorangeführten beiden Begriffe wie folgt festlegt:

„Zusammenfassend kann gesagt werden, ein Aushilfsverhältnis liegt dann vor, wenn die Einstellung und eventuelle Weiterbeschäftigung unter dem für den Arbeitnehmer klar erkennbaren Hinweis auf die nur vorübergehende Verwendung erfolgt ist, wenn ferner die Zeitdauer unter Berücksichtigung der besonderen Begleitumstände nicht entgegen dem Sinne des § 12 Abs. 3 der Demobilisierungsvorordnung vom 12. Februar 1920 und entgegen Treu und Glauben zu weit begrenzt wird und wenn die Art der Beschäftigung einwandfrei eine außerhalb der Normallinie liegende, nicht ständige Arbeitsleistung darstellt.“

Durch diese beiden Gutachten wird das, was wir eingangs

ausgeführt haben, gestützt, so daß es möglich ist, die Absichten der Unternehmer, Einstellungen auf bestimmte Zeit zur Umgehung der Verordnung vom 12. Februar vorzunehmen, nicht zur Auswirkung kommen zu lassen. E. Körper.

Aus aller Welt.

Ein ganzes Dorf niedergebrannt. Durch Feuerbrunst wurde nach einer Meldung der „Wiensfelder Zeitung“ das Dorf Gimmendorf (Kreis Neudenburg) fast völlig vernichtet; 70 meist frohgedeckte Gebäude wurden eingeschert, viel Kleinvieh ist umgekommen.

Erpressungen an einer Verkäuferin. Durch das skrupellose und erpresserische Vorgehen des Händlers Otto Heile aus Moabit ist eine jugendliche Verkäuferin, die in einem Berliner Konfektionsgeschäft beschäftigt war, gezwungen worden, Kleiderstoffe im Werte von einer halben Million Mark zu stellen. Heile hatte in Erfahrung gebracht, daß sich die Verkäuferin bereits kleinere Vergehen zuschulden hatte kommen lassen, und benutzte diese Kenntnis seit längerer Zeit, um das junge Mädchen unter Drohungen zu großen Unterschlagungen zu veranlassen. Heile nahm das gestohlene Gut an sich, ohne irgendetwas dafür zu zahlen. Die Diebstähle der Verkäuferin kamen schließlich ans Tageslicht, und die Polizei schritt zur Verhaftung der beiden Beschuldigten.

Munitionsexplosion bei Königsmusterhausen. Ein schweres Explosionsunfall ereignete sich auf dem Schießplatz Wilmow bei Königsmusterhausen. Dort werden seit längerer Zeit Infanteriegeschosse entladen, die nach dem Friedensvertrage vernichtet werden müssen. Der Inhalt zahlreicher Geschosse, der sich in einem großen Pulvertiegel befand, explodierte plötzlich aus noch nicht ermittelter Ursache und verletzte vier Arbeiter aus Wilmow, die mit dem Entladen der Geschosse beauftragt waren, so schwer, daß sie sofort in das Kreis Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

Für über eine Million Juwelen in Köln gestohlen. Ein großer Juweliendiebstahl in Köln bei dem den Goldschmiedern Schmuckstücke im Werte von über einer Million Mark in die Hände gefallen sind, beschäftigt die Berliner Kriminalpolizei. Es handelt sich um einen der merkwürdigsten Einbrüche, der am hellen Tage in das dortige Goldwarengeschäft von Bernhard Dahmer ausgeführt worden ist. Die Einbrecher stiegen vom Flur aus durch ein Oberlichtfenster in das Geschäft ein, das durch ein diebstahlsicheres Gitterwerk gesichert ist. Unter den gestohlenen Juwelen befanden sich eine Perlenkette mit 418 Perlen, 7 große, im Werte von einer Viertel Million Mark, 64 reichvergoldete Ringe mit Brillanten und Emeralden, 18 Broschen, meistens in Stabform, 211 Brillanten, 20 Brillanten, 20 Brillanten mit großen Steinen, 18 Brillanten, 18 Brillanten, 18 Brillanten, 18 Brillanten und zwei prächtige goldene Handtaschen. Auf die Wiederbeschaffung der Sachen ist eine Belohnung von 100 000 M. ausgesetzt.

Das Waffensager in der Gymnasial-Wachschule. Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet: In der Wachschule des Wöhlergymnasiums fand die Polizei 600 Gewehre, die beschlagnahmt wurden. Vom Sonnabend auf Sonntag wurde das Gebäude von der Polizei scharf bewacht. Es ist aber noch nicht festgestellt worden, wer der Urheber dieses verbotenen Waffensagers ist. Wie verlautet, sind die Waffen schon vor längerer Zeit dem Schuldiener verpackt überbracht worden mit dem Ersuchen, die Wafeln in Verwahrung zu nehmen. Es wurde ihm gesagt, daß darin Steine für das Straßenbergische Museum enthalten seien.

Einrichtung eines marokkanischen Wärders. Dienstadt wurde auf der großen Sand bei Gosenheim der Kaufmänner Mohamed Ben Ahmed von der 1. Maschinenbau-Compagnie des 68. marokkanischen Schützenregiments erschossen, der am 27. Mai vom Kriegesgericht beim Hauptquartier der Rheinarmee wegen Raubmordes an dem Kaufmann Burgmann in Höchst a. M. zum Tode verurteilt war. Die Vollstreckung dauerte nur einige Sekunden. Der Verurteilte zeigte volle Kaltblütigkeit und rauchte, bis ihn die Kugeln niederstreckten. Nach der Hinrichtung erfolgte ein Paradezug sämtlicher versammelten Truppen vor der Leiche des Mörders.

Todesopfer der Berge. Die Touristenfaison in Deutschland hat kaum begonnen, und schon haben die Berge zahlreiche Opfer gefordert. Schuld an diesen Unfällen trägt hauptsächlich die durch die Überschwemmungen im vorigen Herbst und durch den Neuland im Juni verurteilte Zerstörung der Wege, die an allen Stellen eine Loderung der Griffe und Tritte und eine Unterwahrung der Kufenhänder des Hochgebirgs zur Folge hatte. So führten durch Ausbrechen eines Griffes die Brüder Josef und Franz Jemel von der Nordwand der Manjose und fanden den Tod, während allein durch Ablösung von Kufen die drei Touristen Peter Karay, Johann Tiefgraber und Josef Riedler tödlich verunglückten. Auch durch Ausgleiten auf der in dem Seefarce am Hochort vorliegenden alten Schneelawine trat wieder ein Unglücksfall ein: die Sekretärin Luise Erbiner stürzte in den See und ertrank. In der Nähe des Hochtores

stürzten auch durch Ausgleiten der Student Max Erhard und der Professor Schärstein tödlich ab. Wie steht, so fanden diesmal auch drei Touristen, nämlich die Kaufleute Jakob Slegen, Karl Rabigal und ein Fräulein Rosa Bierenberger, durch Erschöpfung und Erfrieren den Tod. Die Zahl der Opfer weist immermehr auf die Laichse hin, daß viele Stürzer, die auf die Berge folgen, die gewaltigen Kletterpartien unternehmen, ohne zu wissen, daß das Bergsteigen wegen der ständigen Gefahren reiche Erfahrung erfordert.

Große Uberschwemmungen in Japan. Nach einer vom „Welt-Berichten“ veröffentlichten Londoner Meldung berichtet Exchange-Telegramm aus Neuport, große Uberschwemmungen haben die japanischen Provinzen Naniwa und Aino lahmgelegt. Man zählt Hunderte von Opfern.

180 000 Opfer eines Erdbebens. Dem Kaiser „Mitsin“ zufolge liegen 1921 die genauen Zahlen über die Opfer des am 18. Dezember vergangenen Jahres über Nordchina herein gebrochenen furchtbaren Erdbebens vor. Nach dem sehr sorgfältig aufgestellten Material in Zi-Ka-Wai haben bei diesem Erdbeben mindestens 180 000 Personen den Tod gefunden.

Theater und Musik.

Die Seele schwingt sich. Spiritistischer Schwanz in vier Akten von Alfons Schütz. Es ist immerhin eine Leistung für ein Theater, in allseitig gutem Geschmack und ein Publikum in Bewegung zu setzen. Sommertheater wird hier Magnetisch sein, Auswahl der Stücke das Schwierige sein. Die Seele schwingt sich... war in dieser Hinsicht ein Erfolg: das schmuckvollste Haus amüsierte sich, lachte.

Bei freiem einem geheimnisvollen Versuch mit Seelenwanderung vertieren sich zwei Seelen, die Professorenseele fällt einen Studenten, die Studentenseele legt sich inselbst in dem Professor fest. Eine neue Variation der auf Sommertheatern so beliebten Verwechslungskomödien.

Das Stück ist literarisch wertlos, hat völlig keine Stellen; im ganzen erinnert es an die längst vergangene Zeit, wo man in anspruchsvoller Weise über jede Komik freigelegt lachte. Die Natur ist keines russischen Ursprungs schimmer allüberall durch. Hier es ist Sommer, und das Haus hatte Stimmung; es spendete reichen Beifall dem Spiel und dem Verfasser.

Die Wiedergabe des Stückes war vorzüglich, Herr Schmidt (Professor) war ausgezeichnet; H. Walther-Wöhne (Student) nach erst gleichgültigen Spiel ebenfalls, besonders im letzten Akt. Er und D. Vogel (Kaufmann) hielten sich für Nebertretungen und die Rolle deshalb sehr gut. Ebenso gab Kitty Stengel ihre Rolle glänzend; sie ist zweifellos eine hochtalentierter Künstlerin. Auch die Nebenfiguren waren gut, besonders genannt sei nur Herr Kubat (Bedient).

Die Regie (H. Schmidt) verfuhr, die immer wieder auftretende Leere auszufüllen; in den Massen Szenen ist das nicht möglich. Der Studententypus fehlte Witz und Stimmung; der spiritistische Schwanz aber fehlte die bekannte, so grobe mitleidige allseitige Gräßlichkeit. Des Stückes größte Schwäche ist der Schluß; die übertriebene Tragik beim Erkennen hilft nicht darüber weg und verfehlt deshalb ihre Wirkung.

Wenn das Stück auch sicher noch oft das Haus füllen wird, so darf seine Gattung doch nur Ausnahme — Sommerausnahme — bleiben.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Bahnweg.

Wenn man mit einem Blockwagen oder sonstigem kleinen Gespann den sogenannten „Bahnhof“ (das ist die schräge Straße von der Schlachthofbrücke herunter zur Klappbrücke) passiert, so kann man immer von Glück sagen, wenn man die Straße entlang ist. Die Steine sind durch den großen Wagenverkehr aus der Erde herausgerissen und große Löcher entstanden. Auch der Fußgängerverkehr ist dadurch beschwert. Wenn diese Straße endlich erneuert und mit Kopfsteinpflaster belegt würde, so wäre das eine Arbeit, die nicht allein vor allen nördlichen Hoffentorbewohnern, sondern auch von allen Schlachtern, die diese Straße passieren müssen, anerkannt würde. Auch der Radfahrerweg ist in schlechter Verfassung. Weiter ist die völlige Sperrung der Brücke an der Katharinenstraße infolge Reparatur zu bedauern. Dadurch sind die Leute, die mit ihren Handwagen zu den Kohlen- und Holzlagern fahren und ihre Feuerung selbst holen, ebenfalls die Schlachter, gezwungen, einen großen Umweg über die Fadenburger Allee- und Puppenbrücke zu machen. Das ist eine Rücksichtslosigkeit. Weshalb gibt die Behörde für die Zeit der Sperrung der Schlachthofbrücke nicht die Marienbrücke für den Blockwagenverkehr frei? Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß sofort Abhilfe erfolgt. R. P.

Der Schipfel schlug an und rasselte mit seiner Kette in die Hütte hinein. Richtig, den Weg herauf blickten schon die Messingstippen auf den Korshelmen der Vardjäger. Ein ganzer Streifenposten war es, ein Mann marschierte voraus, ihrer zwei hinterdrein. Als sie im Hofe stillstanden, ging die Gimpeln ihnen entgegen. Sie legten ihr Handbündel an, die Kaufstern weinte leise vor sich hin, die Kinder schluchzten und schrien und hängten sich an ihre Kleider.

„Im Keller ist noch eine halbe Dose mit Schmalz“, sagte sie zu der Kleinsten, dann wurde sie fortgeführt. Nicht lagte darauf rühte der Steuerzettel mit dem Buchstaben an. Das älteste Mädel, die Dreizehnjährige, hatte eben in einem eisernen Geschirr dem Schipfel sein Futter gebracht, stand jetzt neben ihm im Hof und sah ihn beim Fressen zu. Sie erschrak bis ins Herz hinein, als sie auf einmal die beiden gefährlichsten Menschen von gestern erblickte, den Grobtschigen und den Schwappflügel.

„Die Kuh heraus!“ schrie der Schuldeintreiber ihr entgegen. Das Mädel lief wie eine hurtige Maus auf seinen bloßen Füßen und riegelte behend die Stalltür auf. Es puffte und schob die Kuh und redete ihr zu, bis das schwerfällige Tier sich bequemte, die Krippe zu verlassen und sich in Bewegung zu setzen. Dann zog es die Kuh am Strid heraus und stand still vor den Männern, das Stridende in der Hand, an allen Gliedern zitternd wie das Wipfellaub der hohen Pappel am Jaungatter. Es würgte an einem Schlund, das ihm die Brust zusammenschürzte, und kleine Erschütterungen, wie sie das unterdrückte Weinen hervorruft, liefen stoßweise durch den schwächtigen Körper. „Wo ist denn die Mutter?“ fragte der Buchfrierder. „Die Schen — Schen — Schendarmen haben sie fortgeführt.“ „Und der Vater?“ „Gaulen gängen.“ „Wie viel Kinder seid ihr denn?“ „Unserer se — se — sechs.“ „Kannst Du auch schon melken?“ fragte der Buchfrierder. Die Kleine nickte mit dem Kopf und blidte gespannt zu dem ungeschlachten, wuchtigen Menschen auf, der fast dreimal so groß war wie sie. Der Buchfrierder paffte aus seiner Pfeife. „So führt halt die Kuh wieder in den Stall“, sagte er endlich. Mit glühigen kleinen Augen sah der Steuerzettel ihn an. Sein formloses Gesicht schiedte sich mit roten Lippen. „Ich habe Sie schon einmal darauf aufmerksam gemacht, Buchfrierder, daß die Berfertigung abgeschlossen und der Kauf perfekt ist.“ Das kleine Mädel stand zögernd und schwankte zwischen Angst und Hoffnung. „In den Stall führt sie hinein!“ herrschte der Buchfrierder

das Mädel an. „Ich schenk Dir die Kuh. Dir gehört sie, hast verstanden? Dir ganz allein!“ Darauf holte er bedächtig die Gold- und Silberstücke aus der Westentasche, zählte sie noch einmal ab und schmiss sie dann dem Exekutor vor die Füße, daß sie im ganzen Hof umhersprangen. „So, da habt ihr euer Geld! Legt es zu dem andern und kauft Kanonen dafür, Bajagah, dreifach!“ Damit drehte er sich um und verließ mit seinem schweren, gemächlichen Mammuschritt den Hof. Der Exekutor suchte, schäumend vor Wut, sein Geld zusammen, dann ließ er, als ob er die größte Eile hätte, ins Dorf hinunter, wo sein Rad eingestellt war, und fuhr wie der Wind in den Markt aufs Bezirksgericht, um die Anzeige gegen den Buchfrierder wegen Beleidigung einer Amtsperson zu erstatten.

Vom Sonnen- und Regenschirm.

Kulturgeschichtliche Blauseret von Albert Schweitzer.

Der Schirm, der seit langem eins der unentbehrlichsten Requisite des modernen Menschen bildet, bildet auf eine lange und stolze Geschichte zurück. Er hat Jugend- und Entwidlungsjahre durchgemacht, Aufwindungen und Hindernisse überwunden, bis er sich endlich im 18. Jahrhundert seine Geltung als Begleiter jedes richtiggebenden Bürgers erzwungen hat.

Der Schirm war lange Zeit hindurch ein Symbol von Ansehen und Macht. Diese Eigenschaft hat er sich im Orient bis auf unsere Tage bewahrt. Ein altes Relief in Ninive stellt einen Fürsten dar, über dessen Haupt ein Sklave einen Sonnenschirm hält. Ein Herrscher in Birma erließ noch im Jahre 1858 eine Proklamation, in der er sich zum „König über 24 schirmtragende Fürsten“ erklärte. Auch in der Türkei gilt der Sonnenschirm lange als Symbol der Herrschermwürde.

Im klassischen Zeitalter der Griechen und Römer kam er auch nach Europa. In der griechischen Kunst befand sich besonders die zarten Figuren aus Tanagra reizende Schirme, die wie große Blätter über den niedlichen Blumen stehen. Während im Orient der Schirm weit mehr von den Herren der Schöpfung getragen wurde, trafen wir ihn bei den alten Griechen und Römern aber nur als Begleiter der Dämonen. Es galt geradezu als ein Zeichen weiblicher Verwechslung, wenn ein Mann des Gebrauchs eines Schirmes verdächtigt wurde. Der römische Dichter Claudian klagt schon im Jahre 399, daß die römischen Jungfrauen, die dereinst die jabinischen Jungfrauen in ihren Armen davongetragen hatten, jetzt so verwechelt seien, daß sie nur noch

den Sonnenschirm spazieren führen. Minus erzählt, daß die Sonnenschirme der Römer anfänglich aus Palmblättern bestanden hätten und erst später aus Stoff gefertigt worden seien. Daß man damals auch schon zusammenlegbare Schirme kannte, beweist eine Stelle aus Aristophanes' Lustspiel „Der Ritter“, in dem der klassische Dichter sagt: „Denn deine Ohren waren ausgepant grad wie ein Sonnenschirm und klappten wieder zu.“

Im Mittelalter ging diese Erzwungenheit der Kultur wie so vieles andere verloren. Alkuin, der Lehrer und Freund Karls des Großen, schrieb im Jahre 800 an den Bischof von Salzburg einen Brief, in dem es heißt: „Alkuin sendet dem Bischof ein Schirmdach, damit es Euer verehrungswürdiges Haupt vor Regenflüssen bewahrt.“ Damit hören wir zum erstenmal etwas über die Verwendbarkeit des Regenschirms. Einige Jahrhunderte später nahm die katholische Kirche den Schirm auch in ihren Kultus auf. Bereits im Jahre 1176 ließ sich der Doge von Venedig stets einen Regenschirm voraustragen, wenn er ausging, mochte die Sonne scheinen oder nicht. Der englische Reisende Thomas Coryate äußert sich im Jahre 1611 genauer über den Schirm in Italien, wo um das Jahr 1600 der Regenschirm schon allgemeiner wurde. Von Italien kam er nach Frankreich, bürgerte sich aber erst unter Ludwig XV. dauernd ein.

Sehr bekannt in Nordeuropa wurde der Schirm durch die Schilderung des Sonnenschirms des Robinson Crusoe in der berühmten Erzählung Defoes, die im Jahre 1719 zum erstenmal erschien. Zu gleicher Zeit kamen auch die ersten Schirme in England auf. Sie fanden jedoch keine gute Aufnahme und es war nur dem Philantropen Jonas Hanway zu verdanken, daß der Schirm sich im Verlauf eines Menschenalters durchsetzte. Für Hanway war es stets ein wahres Spiegekräutchen, wenn er sich mit seinem irendbarig anmutenden Dach auf der Straße zeigte. Er wurde von der Menge verfolgt, verpöbel und verhöhnt. Aber mit lässlicher Zähigkeit trug er Zeit seines Lebens den Schirm mit sich. Endlich, kurz vor seinem Tode, hatte er die Genugtuung, daß durch ihn der Regenschirm in England Eingang fand.

Um das Jahr 1755 wurde der Schirm durch eine Münchener Firma aus Frankreich in Deutschland eingeführt. Die Männer des 18. Jahrhunderts behielten sich aber noch nicht häufig den Regenschirm. Erst die Leute der Biedermeierzeit trugen ihn mit Würde und Behagen. Er wurde das Symbol dieser gemächlichen und vorzüglichen Epoche, und seitdem gehört er auch bei uns zum unveräußerlichen Besitz unseres alltäglichen Lebens.

